



Nr. 65 – August 2005

### **Editorial**

Liebe Leserinnen und Leser,

während die politische Situation in Bougainville nach den erfolgreichen Wahlen ebenso positiv stimmt wie das Friedensabkommen von Aceh, sieht es in (West-)Papua und in Papua-Neuguinea eher düster aus.

Der Sommer war geprägt von der Veröffentlichung zahlreicher Berichte aus und über den Pazifik, viele davon sind auch online erhältlich. Besonders gefreut hat mich der gerichtliche Erfolg französischer Atomtestveteranen. Das stärkt die Hoffnung, einen erfolgreichen Kampf um Kompensationen für die Testarbeiter von Moruroa und Fangataufa führen zu können.

Viele interessante Erkenntnisse wünscht Ihnen und euch

Julia Ratzmann, Redakteurin

## PAPUA-NEUGUINEA

### **Knapp 2.500 Waffen in Gebrauch**

2.450 maschinell hergestellte Kleinf Feuerwaffen sind in der Provinz „Südliches Hochland“ in Gebrauch. Das ist das Ergebnis einer Feldstudie von Professor Philip Alpers (Universität Syd-

ney). Alpers stellte seinen, für das schweizer Projekt „Small Arms Survey“ erstellten, Bericht im Rahmen eines „Waffengipfels“ (Gun Summit) vor, der Anfang Juli in Goroka (Provinz „Östliches Hochland“) stattfand. An dem Bericht mit dem Titel „Gun-running in Papua New Guinea: From Arrows to Assault Weapons in the Southern Highlands“ wirkten auch einheimische „Niuginis“ mit, die in den Dörfern recherchierten und ihre Ergebnisse an Alpers weitergaben.

Professor Alpers ist Politikwissenschaftler an der Universität in Sydney. Er forscht in einer Projektgruppe, die sich mit den Folgen der Gewaltausbrüche mit Gewehren beschäftigt und nach Möglichkeiten sucht, den (illegalen) Handel von Waffen im Hochland zu unterbinden. Bei den gefundenen Waffen, die zum Großteil illegal im Besitz von Kriminellen, Söldnern und „Stammes“kämpfern sind, handelt es sich hauptsächlich um Sturmgewehre der Marken SLR und M16. Auch Kalashnikows wurden entdeckt. Es handelt sich bei den Gewehren um Waffen der PNG Defence Force und der Polizei, die bei Einbrüchen in Polizeiquartiere gestohlen wurden oder von Polizisten eingetauscht wurden. Dies ist erstaunlich, weil in vielen anderen Ländern Waffen von außerhalb der Landesgrenzen eingeschmuggelt werden müssen.

Alpers erklärte, die PNG Defence Force und die Polizeikräfte führten keine Statistiken

über ihre Waffenarsenale. So sei es schwierig, konkrete Zahlen zu liefern. Fest stünde, dass alle im „Südlichen Hochland“ befindlichen Waffen gegen Menschen eingesetzt würden. Die Käufer der illegalen Waffen bezahlten für automatische Schnellfeuergewehre einen vielfach höheren Preis als auf dem Weltmarkt üblich. So könnten schon einmal 12.000 Kina (ca. 3000 €) pro Gewehr ausgegeben werden. Die Menschen des „Südlichen Hochlandes“ verfügten auch über vergleichsweise viele selbst gebastelte Gewehre, deren Wirkung aber oft nicht tödlich sei.

Der Waffenschmuggel aus anderen Provinzen des Landes in das „Südliche Hochland“ werde durch Politiker und Beamte gefördert und finanziert. Vor allem im Wahlkampf täten sich Kandidaten mit „Waffengeschenken“ hervor. Wer keine eigene Waffe besitze, könne trotzdem gewalttätig werden, erläutert Alpers in seinem Bericht. Man könne sowohl Waffen als auch Söldner „mieten“. Gute Scharfschützen, die Auftragsmorde erledigten, würden mit Frauen, Schweinen und Geld bezahlt. Munition bekämen die Täter gegen Geld bei den Polizeidienststellen. Diese Form einer „autokratischen Waffenherrschaft“ (Zitat Alpers) unterminiere die traditionelle Form der Konfliktlösung in der neuguineischen Gesellschaft.

Die Verbrechensstatistiken, die laut Alpers unzuverlässig sind, zeigten, dass in PNG sechsmal so viele Mörder lebten wie im



Nachbarland Australien. Die Hauptstadt Port Moresby verzeichnet gar eine Quote, die 42 mal so hoch ist wie die Mordrate von Sydney. Diese Zahlen berücksichtigten die inoffiziellen Mordfälle nicht!

Alpers 137 Seiten umfassender Bericht, der inzwischen auch bei uns erhältlich ist, hat in Papua-Neuguinea für harsche Kritik gesorgt. Der Oberkommandierende der Streitkräfte, Peter Ilau, und der Bevollmächtigte der Polizei, Sam Inguba, zeigten sich erstaunt über die negativen Ergebnisse der Studie. Man werde in Kürze eigene Zahlen zum Waffenbesitz im Hochland vorlegen.

**Info:** Der Bericht von Alpers war von dem in der Schweiz initiierten Forschungsprojekt „Small Arms Survey“ in Auftrag gegeben worden. Hierbei handelt es sich um ein 1999 ins Leben gerufenes, unabhängiges Forschungsprojekt am „Graduate Institute of International Studies“ in Genf. Das Projekt wird finanziert vom Schweizer Außenministerium, in Kooperation mit den Regierungen von Australien, Kanada, Dänemark, Finnland, Frankreich, den Niederlanden, Neuseeland, Norwegen, Schweden und Großbritannien. Die Forscher arbeiten auf internationaler Ebene eng zusammen mit Nichtregierungsorganisationen und universitären Fachbereichen. Sie publizieren ihre Ergebnisse regelmäßig in Form von „Occasional Papers“. Zuletzt erschien der Bericht von Philip Alpers sowie das Paper von Emile LeBrun, Robert Muggah (ed.): Silencing Guns: Local Perspectives on Small Arms and Armed Violence in Rural Pacific Islands Communities. „Small Arms Survey“, Special Paper No 15. Genf 2005. Dieser und der Alpers-Bericht können in der Pazifik-Informationsstelle ausgeliehen werden. (*National 05.07.05, Bericht von Alpers*)

### **Vergewaltigungswelle in Kainantu**

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres protokollierte das Krankenhaus von Kainantu (Provinz „Östliches Hochland“) 132 Vergewaltigungen. Das gab Krankenschwester Julian Matelpatalrea am Rande des „Kainantu Friedensmarsches“ bekannt. Sie bezifferte die Zahl der vergewaltigten Kinder unter zehn Jahren mit 40. 59 Opfer waren jünger als 19 Jahre alt und 33 Opfer älter als 20. Bereits zur Jahresmitte hätte es 52 Vergewaltigungen mehr gegeben als im gesamten Jahr 2004. Matelpatalrea erklärte, es seien zwar alle Vergewaltigungen im Krankenhaus gemeldet und die Opfer behandelt worden, doch habe die Polizei nur Kenntnis von 14 Fällen. Die örtliche Polizei begründete diese, im Vergleich niedrige, Zahl damit, dass die meisten Vergewaltigungsoffer Penderinnen auf dem „Highlands Highway“ gewesen sein müssten, die auf der Durchreise keine Zeit gehabt hätten, eine Anzeige bei der Polizei aufzugeben.

Rund 6.000 Frauen hatten sich an dem Friedensmarsch beteiligt. Sie forderten den Minister für Innere Sicherheit, Bire Kimisopa, und den Bevollmächtigten der Staatspolizei, Sam Inguba, auf, die Polizeipräsenz in der Provinz zu verstärken, um Recht und Ordnung wiederherstellen zu können. Den andauernden Stammeskonflikten und Gewaltausbrüchen mit einer Vielzahl von (Todes-)Opfern im „Östlichen Hochland“ steht die Polizei relativ machtlos gegenüber. (*National 14.07.05, Rundbrief Familie Heupe aus PNG*)

### **FAO verlängert Engagement**

Die Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen (FAO; Food and Agriculture Organisation of the United Nations) hat ihr Programm zur Ernährungssicherung für Papua-Neuguinea („Special Programme for Food Security“, SPFS) verlängert. Das bereits 1996 bis zum Jahr 2006 geschlossene Abkommen zwischen der FAO und der Regierung von Papua-Neuguinea wurde Mitte August in Port Moresby um weitere zehn Jahre verlängert. Das Abkommen unterzeichneten der PNG-Staatssekretär für nationale Planungen, Valentine Kambori, und für die FAO Fintan Scanlan vom FAO-Hauptquartier aus Italien. Scanlan betonte die Bedeutung des SPFS im Kampf gegen Hunger und Mangelernährung der Bevölkerung. Landwirtschaftsminister Mathew Siune erklärte, die Regierung werde eng mit der FAO und anderen internationalen Hilfswerken bei der Bekämpfung von Armut und Hunger zusammenarbeiten. Papua-Neuguinea leide zurzeit unter einer massiven Land-Stadt-Flucht. Die Menschen, die vom Land in die illegalen Stadtrandsiedlungen („settlements“) der Großstädte zögen, ernährten sich überwiegend von fast food und abgepackten Lebensmitteln, da sie kein Land für Garten- und Ackerbau zur Verfügung hätten. Deshalb setzt das SPFS in den nächsten Jahren seinen Schwerpunkt auf die Bereiche „Reisanbau“ und „Hortikultur“. Die Menschen auf dem Land müssten ermutigt werden, so viele Nahrungsmittel zu produzieren, dass sie diese gewinnbringend in den Städten an die Städter verkaufen könnten.

Das Special Programme for Food Security der FAO läuft in 140 Ländern, darunter in 15 pazifischen Staaten.

**Info:** Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) wur-

de am 16.10.1945 in Quebec/Kanada gegründet. Seit 1951 hat sie ihren Sitz in Rom. Nach Haushaltsvolumen und Personalbestand (ca. 3.700 Mitarbeiter) ist die FAO die größte Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Derzeit sind 183 Staaten und die Europäische Gemeinschaft Mitglieder der FAO. Diese will weltweit zu einem höheren Lebensstandard, zur besseren Ernährung und zur Überwindung von Hunger beitragen. Sie will die Erzeugung und Verteilung von Lebensmitteln verbessern und vor allem die ländliche Bevölkerung unterstützen. (*The National* 19.08.05, [http://www.rom-io.diplo.de/de/03/Ziele\\_der\\_FAO.html](http://www.rom-io.diplo.de/de/03/Ziele_der_FAO.html), <http://www.fao.org/countryprofiles/index.asp?lang=en&ISO3=PNG>)

### **Vizepremier ernannt**

Premierminister Sir Michael Somare hat Anfang Juni den Minister für Öl und Energie, Sir Moi Avei (Partei „Melanesian Alliance“), zu seinem Stellvertreter ernannt. Der Posten des Vizepremiers war seit 20. Mai 2004 vakant. Damals hatte Somare sieben Minister seines Kabinetts entlassen, darunter den damaligen Vizepremier Moses Maladina, der erst am 1.12.2003 sein Amt angetreten hatte. Maladina war zu dem Zeitpunkt Parteivorsitzender der „People's Action Party“.

Der Gouverneur der Morobe Provinz, Luther Wenge, hatte angedroht, vor Gericht die Ernennung eines Vizepremiers einzuklagen, sollte sich Somare nicht bald für einen Kandidaten entscheiden. (*Post-Courier* 07.06.05)

### **Herausgeber geehrt**

Oseah Philemon, der langjährige Herausgeber der englischsprachigen Tageszeitung „Post-Courier“ ist mit dem Titel „Officer of the Order of the British Empire“ (O.B.E.) ausgezeichnet

worden. Philemon steht seit 14 Jahren an der Spitze der auflagenstärksten Tageszeitung von Papua-Neuguinea. Während seiner Laufbahn hat er sich auch im Ausland den Ruf eines investigativen (d.h. aufdeckenden) Journalisten erworben. Unter seiner Leitung schrecken die Redakteure des Post-Couriers nicht vor kontroversen und politisch heiklen Themen wie Korruption, Drogenschmuggel, Gewalt und Frauenrechten zurück. Aufgrund dieser Themen wurde Philemon schon mehrfach bedroht. Einige der „Außenbüros“ des Post-Courier mussten aus Angst vor Überfällen vorübergehend geschlossen werden. (*Commonwealth Press Union, Pacific Media Watch* 23.06.05)

## **BOUGAINVILLE**

### **Erster Präsident gewählt**

Die historische Wahl zum Präsidenten der „Autonomen Region Bougainville“ hat im ersten Wahlgang mit einer Mehrheit von 14.000 Stimmen Joseph Kabui gewonnen. Der ehemalige Gouverneur von Bougainville, John Momis, konnte sich nicht durchsetzen.

Das Abgeordnetenhaus der autonomen Regierung von Bougainville (Autonomous Bougainville Government, ABG) besteht aus 40 Sitzen. Je drei Sitze sind Ex-Kombattanten und Frauen vorbehalten. Von den 25 zur Wahl angetretenen Kandidatinnen wurden die Frauen Ampa, Semoso und Toroansi ins Parlament gewählt. Laura Ampa kommt aus Papua-Neuguinea, ist seit 1981 wohnhaft in Bougainville und mit einem Buka verheiratet. Sie wurde zur Vertreterin der Südprowinz gewählt.

Francesca Semoso ist eine ehemalige Radiomoderatorin der National Broadcasting Commission von Papua-

Neuguinea. Sie wurde als Vertreterin der Region „North Bougainville“ in das ABG gewählt. Magdalene Toroansi (50) aus Taku im Distrikt Kieta ist pensionierte Angestellte des öffentlichen Dienstes. Sie lebt seit 2002 in Bougainville, engagiert sich im „North Naisoi Council of Elders“ und ist die gewählte Vertreterin der Zentralprovinz.

Kabui ernannte für sein Kabinett neun Minister und eine Ministerin. Sieben Minister gehören der Partei „Bougainville People's Congress Party“ an, einer ist Mitglied der „New Bougainville Party“, einer ist parteilos.

Die Ressorts wurden wie folgt verteilt:

Joseph Kabui (Präsident): Beziehungen zu PNG, Arbeit und Beschäftigung, nationale und internationale Angelegenheiten, Versöhnung, Einheit und Frieden.

Joseph Watawi (Vizepräsident): Öffentlicher Dienst, Verkehr, Handel und Industrie, Seeschifffahrt, Kleinkredite.

Gerard Sinato: Gesundheit, Umwelt und Sanitär.

Frau Magdalene Toroansi: Frauen, Religion, NGOs.

Mathias Salas: Finanzen, Öl und Gas.

Moses Koiri: Transport, Energie, Telekommunikation.

Ezekiel Masatt: Polizei, Justiz, Vollzugswesen, Zoll und Quarantäne.

Michael Otoroa: Bildung, Forschung und Wissenschaft, Technologie.

Taehu Pais: Fischerei, Forstwirtschaft, Kultur und Tourismus.

Glen Tovirika: Alter und Jugend, Sport und Erholung.

Trotz des neuen Status von Bougainville als autonome Provinz liegt die territoriale Souveränität weiterhin beim Parlament von Papua-Neuguinea in Port Moresby. Das Staatsoberhaupt bleibt die britische Königin Elizabeth II., bzw. ihr Vertreter in Port Moresby, der Ge-

neralgouverneur (zumindest bis zur Abstimmung darüber in zehn bis 15 Jahren). Der oberste Gerichtshof („Supreme Court“) in Port Moresby ist weiterhin für Revisionen bzw. letzte Rechtsfragen zuständig.

Nach den erfolgreichen Wahlen verließ Mitte August die UNOMB (United Nations Observer Mission on Bougainville) nach über siebenjähriger Tätigkeit die Insel. Präsident Kabui bedankte sich bei UNOMB-Chef Tor Stenbock für die Neutralität und Fairness, die die Mitglieder der Friedensmission bei der Unterstützung der Verwirklichung einer autonomen Region Bougainville bewiesen hätten. (femLINKpacific May/June 2005, <http://www.pipsa.org.au/>, National 24.06.05, Flash d'Océanie 24.06.05, E-mail Roland Seib 21.07.05, National 11.08.05)

### † Francis Ona

Francis Ona ist tot. Der 52-jährige Rebellenführer von Bougainville starb am Sonntag, den 24. Juli eines natürlichen Todes an Malaria und Typhus. Ona hinterlässt Ehefrau Elizabeth und die sechs Kinder Michael, Stanley, Nathasa, Perpetua, Anthony und Maureen. Die Nachricht von Onas Tod wurde mit den Worten „König Francis ist tot“ von den Mitgliedern seines inoffiziellen Königreichs Me'ekamui bekannt gegeben.

Francis Ona hatte bis zu seinem Tod ein Gebiet rund um die geschlossene Panguna-Mine unter Kontrolle. Diese so genannte „no-go-Zone“ hatte Ona, bis auf wenige Ausnahmen während des Wahlkampfes, nie verlassen. In dem von ihm proklamierten „Königreich Me'ekamui“ hat er wie ein König regiert. Bis zuletzt hat sich Ona beharrlich für die völlige Unabhängigkeit Bougainvilles eingesetzt. Das Eintreten für seine Überzeugungen wurde in vielen Kondolenzbekundungen

aus der ganzen Welt lobend erwähnt. Doch auch an Kritikern sparten Politiker aus Papua-Neuguinea und anderen pazifischen Staaten nicht. Der neuguineische Minister für Bougainville, Sir Peter Barter, erklärte, er hätte sich gewünscht, dass sich Ona aktiv an den Friedensverhandlungen beteiligt hätte. *„Er war ein schwieriger Charakter und schwer zu überzeugen, aber er liebte die Menschen in Bougainville von ganzem Herzen“*, sagte Präsident Kabui nach Bekanntgabe der Todesmeldung.

Ein offizielles Staatsbegräbnis für Ona, wie von der Regierung der autonomen Provinz zunächst erwogen, lehnten seine Anhänger ab. Ona wurde im Dorf Guava nahe der geschlossenen Mine begraben. An der Feier durften nur „Normalbürger“ von Me'ekamui teilnehmen sowie ein mit Ona befreundeter australischer Journalist. Lokalpolitikern und ausländischen Berichterstellern wurde der Zutritt zur Feier untersagt. (Flash d'Océanie 25.07.05, Post-Courier 26.07.05, The National 27.07.05)

### ABANGO gegründet

Die rund 20 in Bougainville tätigen Nichtregierungsorganisationen (NGO) haben sich Mitte Juli zur „Autonomous Bougainville Association of NGOs“ (ABANGO) zusammengetan und sind dem pazifikweiten Verbund der NGOs PIANGO (Pacific Islands Association of NGOs) beigetreten. Das Bündnis kam durch Moses Havini, den Bougainville-Vertreter von PIANGO, zustande. Havini sitzt derzeit im Vorstand der pazifikweit größten NGO, dem „Pacific Concerns Resource Centre“ (PCRC) in Fiji. Das PCRC ist das Sekretariat der „Bewegung für einen nuklearfreien und unabhängigen Pazifik“ (NFIP). Moses Havini erklärte, Bougainville sei bisher das einzige pazifische Land gewesen, das

innerhalb der PIANGO noch nicht offiziell vertreten war. Dadurch habe man Chancen verpasst. (Post-Courier 20.07.05)

### Überflutungen verknappen Trinkwasser

Bei sintflutartigen Regenfällen und damit einhergehenden Erdbeben und Schlammlawinen starben Mitte August zwei Menschen auf Bougainville. Besonders betroffen waren die Bezirke Zentral- und Südbougainville. Dort leiden 13.000 Menschen seitdem unter Trinkwasser- und Nahrungsmittelknappheit. Gärten und (Haus-)Tiere wurden von den Wassermassen weggerissen. Präsident Kabui erklärte die Region zum Katastrophengebiet und bat die Regierung in Port Moresby um Hilfe für die betroffenen Menschen. Die Schulen in den Hochwassergebieten wurden geschlossen, nachdem viele öffentliche Gebäude und Privathäuser vom Wasser zerstört worden waren. (Post-Courier 23.08.05, Flash d'Océanie 24.08.05)

## KIRCHLICHE NACHRICHTEN

### AUS PAPUA-NEUGUINEA

#### AUS DER ELC-PNG

### Große Jugend-Konferenz

Zur jährlichen Jugend-Konferenz des Papua-Distrikts waren mehr als 1.500 Besucher gekommen. Sie stand unter dem Motto: „Gegründet auf Gottes Wort“.

Der ehemalige oberste Richter von PNG, Sir Arnold Amet, ermutigte die Jugendlichen als Gastredner: „Das Wort Gottes hat Kraft und Stärke, um uns zu stärken und aufzurichten! [...]“

Als ich noch oberster Richter war, habe ich mich nicht allzu sehr um das Wort Gottes gekümmert“, bekannte er vor den Jugendlichen, „aber jetzt bin ich in die Kirche zurückgekommen und mein Leben hat sich verändert. Ich möchte, dass sich auch euer Leben verändert!“  
(*Wantok Nr. 1613*)

### **Moralischer Kollaps an der Universität**

Der lutherische Studentenpfarrer an der University of Papua New Guinea (UPNG), Elymas Bakung, hat sich heftig dagegen gewehrt, dass die Universitätskirche zu einem Vorlesungssaal umfunktioniert werden soll. Die Entscheidung der Universitätsverwaltung spiegle den moralischen Zusammenbruch dieser Institution wider. „Die Kirche ist ein Ort der Anbetung, wo Moral, Disziplin und Führungskompetenz praktiziert und der künftigen Elite des Landes beigebracht werden. Unser Land ist voll von Problemen und wir Christen beten um gute Führer“, betonte er. (*National 19.07.05*)

### **Studentenpfarrer fordern Versöhnung**

Angesichts der seit drei Wochen anhaltenden Studentenproteste an der UPNG in Port Moresby haben die Studentenpfarrer zu Besonnenheit und Versöhnung aufgerufen. In Gesprächen mit den Sicherheitskräften und den Studenten versuchten sie, die Parteien wieder an den Verhandlungstisch zu bringen, um die Differenzen auf friedlichem Wege zu lösen. (*National 03.08.05*)

### **Kindergottesdienstkinder im Krankenhaus**

Kindergottesdienstkinder von der „Memorial Lutheran

Church“ in Madang besuchten verschiedene Krankenhäuser, um mit den Patienten zu singen, ihnen ein Anspiel zu präsentieren und kleine Geschenke zu überreichen. Die Gruppe mit den Zwei- bis Fünfjährigen besuchte das Modilon Krankenhaus, die älteren Kinder machten sich auf ins Yagaum Hospital. Die Leiterin des Kindergottesdienstes, Madri Kasu, betonte, die Kinder bekämen auf diese Weise ein tieferes Verständnis, was praktizierte Nächstenliebe bedeute und würden in ihrer sozialen Entwicklung gefördert. Gleichzeitig freuten sich die Patienten über die kleinen Besucher und ihr fröhliches Kinderlächeln. (*National 30.06.05*)

### **Lutheraner gewinnen neue Mitglieder**

Die evangelistischen Aktivitäten der Koki-Gemeinde im Lufa-Settlement am Stadtrand von Port Moresby tragen erste Früchte, teilte Gemeindeführer Mobsie Nawagn mit. Die Gründung der neuen Gruppe sei das Ergebnis von regelmäßigen Besuchen im Settlement durch Pfarrer Boyope und seine Mitarbeiter. In Kürze soll noch eine weitere Gruppe von neu bekehrten Settlement-Bewohnern gegründet werden. (*National 19.05.05*)

### **Missionar Bergmann verlässt PNG nach fast 40 Jahren**

Nach über 36 Jahren haben Pfarrer Dr. Ulrich Bergmann und seine Frau Edelgard ihre Mitarbeit in der ELC-PNG beendet, um in den wohlverdienten Ruhestand einzutreten. Ulrich Bergmann wurde in Boana geboren, wo bereits sein Vater als Missionar eingesetzt war und wo er seine Kindheit verbrachte. Nach seinem Theologiestudium in Deutschland

kehrte er wieder nach PNG zurück, um selbst als Missionar in der ELC-PNG zu arbeiten. Gouverneur Luther Wenge betonte, er finde kaum die richtigen Worte, um die Lebensleistung von Ehepaar Bergmann angemessen zu würdigen. Als kleines Zeichen des Dankes und der Anerkennung verlieh er Edelgard und Ulrich Bergmann die Ehrenbürgerwürde der Morobe Provinz. (*National 02.06.05, Wantok Nr. 1611*)

### **AUS DER ÖKUMENE IN PNG**

#### **100 Jahre röm.-kath. Mission**

Vor 100 Jahren wanderten die ersten röm.-kath. Missionare in die Goilala-Berge in der heutigen Central Province, um dort mit der Missionsarbeit zu beginnen. Dabei mussten sie sich den Herausforderungen durch unwegsames Gelände, Unwetter, feindliche Krieger und Kopfbjäger stellen, um den Menschen das Christentum zu bringen. Pater John Naime betonte in Vertretung von Gouverneur Alphonse Moroi, die Missionare hätten nicht nur das Evangelium gebracht, sondern den Vätern und Müttern auch Lesen und Schreiben beigebracht und zu einer bemerkenswerten Entwicklung der gesamten Region beigetragen. (*National 02.06.05*)

#### **† Bischof Firmin Schmidt**

Im Alter von 86 Jahren ist in Hays, Kansas, USA, Bischof Firmin Schmidt verstorben. Mehr als 36 Jahre hatte er in der Diözese Mendi im Südlichen Hochland PNGs gewirkt. 1959 wurde er von Papst Johannes XXIII. als apostolischer Präfekt der Kapuziner-Mission nach PNG berufen. Als 1966 die ehemaligen Missionsgebiete zu Diözesen umstrukturiert

riert wurden, wurde er zum ersten Bischof der Diözese Mendi geweiht. 1995 ging er in den Ruhestand und kehrte nach Amerika zurück. (National 11.08.05)

### **Entwicklungshilfe**

Die röm.-kath. Kirche ist laut Erzbischof Wilhelm Kurtz, Madang, auch weiterhin bereit, einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung des Landes und seiner Menschen zu leisten. Schon seit jeher habe die Kirche dazu beigetragen, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern, insbesondere durch eine intensive Bildungsarbeit. „Man kann nicht nur irgendwelche Entwicklungshilfeprojekte umsetzen, ohne nicht gleichzeitig auch lokale Führungskräfte auszubilden“, sagte er während der Eröffnung eines Fortbildungskurses für kirchliche Mitarbeitende und Mitglieder anderer NGOs. Sehr kritisch merkte er an, dass in der Vergangenheit Projekte häufig ohne die einheimische Bevölkerung geplant und durchgeführt wurden und sich daher eine zu starke Abhängigkeit von Organisationen in Übersee breit gemacht habe. Er warnte vor exorbitanten Kompensationsforderungen für Schulen und Gesundheitsstationen durch die früheren Landeigentümer, da diese Einrichtungen allen Menschen zugute kämen und im Falle von Schließungen auch alle davon betroffen wären. (National 16.05.05)

### **Caritas bekommt 400.000 Kina**

Die Caritas in der Erzdiözese Madang hat von der Provinzregierung 400.000 Kina (ca. 109.320 €) erhalten, um den Menschen auf Manam Island helfen zu können. Aufgrund eines Vulkanausbruchs vor einigen Monaten hatten sie ihre Insel verlassen und sich in der

Nähe von Bogia ansiedeln müssen. Laut Schwester Mary Claude wird das Geld für die Anschaffung von Lebensmitteln, Transport- und Spritkosten sowie für den Kauf von Gartengeräten verwendet, damit die Menschen ihre eigenen Gärten anbauen und sich möglichst bald wieder selbst versorgen können. (National 21.07.05)

### **Sarego ist neuer Vorsitzender**

Die Katholische Bischofskonferenz von PNG und den Solomon Islands hat Bischof Francesco Sarego aus Goroka zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Er wird dieses Amt für drei Jahre innehaben. (Wantok Nr. 1608)

### **Bischofskonferenz gegen Abtreibung**

Die katholische Bischofskonferenz von PNG und den Solomon Islands hat die Bevölkerung dazu aufgerufen, sich gegen jede Art der Legalisierung von Abtreibungen zu wenden. In einer Verlautbarung betonte Bischof Francesco Sarego, dass auch das Ungeborene ein Recht auf Leben, Freiheit und Unversehrtheit hat, das in der Verfassung des Landes verankert sei.

Die Bischofskonferenz bezieht damit Stellung in der aktuellen Diskussion um eine teilweise Legalisierung von Abtreibungen, die von einzelnen Politikern unter dem Stichwort „Bevölkerungskontrolle“ angestoßen wurde. (National 23.05.05)

### **Landstreitereien**

Die Erzdiözese Rabaul hat illegalen Siedlern auf ihrer Plantage im Kokopo Distrikt angedroht, die Siedlungen mit Polizeigewalt räumen zu lassen,

falls sie nicht zu einer friedlichen Räumung bereit seien. Die Siedler haben auf dem Gelände der Kirche nicht nur Häuser gebaut, sondern auch Gärten angelegt. Nachdem die Auseinandersetzungen nun schon mehrere Jahre laufen, ziehe die Kirche jetzt die Konsequenzen und lasse die betroffenen Gebiete zwangsräumen, zumal in letzter Zeit die kriminellen Aktivitäten in diesen „Settlements“ deutlich zugenommen hätten, ließ Bischof Patrick Taval mitteilen. (National 28.07.05)

### **Bischöflicher Laptop gestohlen**

Ein junger Mann hatte es offensichtlich auf den Laptop von Bischof Hermann Raich aus der Diözese Wabag, Enga Provinz, abgesehen. Nachdem der Bischof ihm seine Bitte um die Bezahlung seiner Schulgebühren abschlagen musste, entwendete der junge Mann kurzerhand den bischöflichen Computer. Auf dem Rechner sind auch höchst vertrauliche Dokumente gespeichert, auf die nur der Bischof Zugriff hat und von denen es keine Sicherheitskopien gibt. (National 26.05.05)

### **Stärkung der Familien**

Unter dem Motto „stretim femili na strongim Papua Niugini“ (dt. „Bring deine Familie in Ordnung und stärke PNG“) strahlt die „United Church in PNG“ jede Woche eine 20-minütige Radiosendung aus, in der soziale Probleme angesprochen und diskutiert werden. Ergänzend organisiert die Kirche Straßentreffen in größeren Städten, um mit den Menschen über ihre Probleme ins Gespräch zu kommen und Aufklärungsarbeit über HIV/AIDS, häusliche Gewalt, Eheprobleme oder kriminelle Verstrickungen zu leisten. „Die Probleme Neuguineas sind

so überwältigend, dass sie uns Angst machen. Wir wollen unseren bescheidenen Beitrag zu deren Bewältigung leisten, indem wir bei den Familien, Kindern und Jugendlichen anfangen. Nur so können wir unsere Gesellschaft verändern“, sagte Rev. Samson Lowa, der Moderator der Radiosendung. (*Inside Out, Issue 43, Seite 5*)

### **Pentekostale Kirchenführer wollen Einheit**

Sieben Führer von verschiedenen pfingstlerischen Kirchen in der Enga Provinz haben gelobt, ihre Differenzen beizulegen und für die Einheit ihrer Kirchen zu kämpfen. „Die Kirchen erleben keine Erneuerung und kein Wachstum, weil ihre Führer weltliche Modelle und Prinzipien angewendet haben, um die geistliche Kirche zu leiten“, sagte der international bekannte Evangelist Joseph Kingal, der den Versöhnungsprozess begleitet. (*National 19.05.05*)

### **Pfarrer bedroht Polizisten**

Pfarrer Brandy Kumo von der Christian Revival Church wird beschuldigt, einen Polizisten bedroht und ihm seine Dienstwaffe entwendet zu haben. Kumo wurde inzwischen inhaftiert und wartet auf seinen Prozess. (*National 07.07.05*)

### **Bibelarbeiten im Gefängnis**

Seit dem Jahr 2000 hat die „Evangelical Brotherhood Church“ (EBC) ihr Engagement in der Gefangenenseelsorge kontinuierlich ausgebaut. Inzwischen werden in zwölf der 14 Gefängnisse des Landes Gottesdienste, Bibelarbeiten und Glaubensfernkurse (TEE) angeboten. Die Erfahrungen der ersten fünf Jahre seien durch-

weg positiv, betonte ein Sprecher der EBC, nicht zuletzt auch im Blick auf die Reintegration der Gefangenen, nachdem sie ihre Strafe abgesessen haben. (*National 11.08.05*)

### **Media Ministry**

Die Kirche der Sieben-Tages-Adventisten (SDA) hat in Port Moresby ihr neues Radio- und Zeitungs-Missions-Programm eröffnet. Künftig sollen regelmäßig missionarische Radiosendungen über die National Broadcasting Corporation ausgestrahlt werden. Außerdem gibt es ab sofort eine feste Kolumne in den Zeitungen des Landes. Die SDA startete ihr Media Ministry- Programm Mitte der 1980er Jahre mit der Verteilung von Flugschriften in verschiedenen neuguineischen Sprachen. Später kam dann die genannte Telephone Ministry (Kurzandacht über Telefon) „Gospel Call“ hinzu und nun die Ausweitung auf Radio und Zeitungen. (*National 16.05.05*)

### **Pfarrer fordert offene Diskussion über Sex**

„Fragen über Sexualität müssen in den Kirchen offen diskutiert werden“, forderte Pr. Peter Oli von der Kirche der Sieben-Tages-Adventisten (SDA) während eines Workshops über HIV/AIDS. Die Tabuisierung dieses Themas könne angesichts der rasanten Ausbreitung der Immunschwächekrankheit nicht mehr akzeptiert werden. Nur wenn endlich das Schweigen gebrochen werde, gebe es noch eine kleine Chance, die Ausbreitung von HIV/AIDS einzudämmen. Er bemängelte, dass die zahlreichen Teilnehmer an solchen Workshops häufig ihr neues Wissen nicht in ihren Dörfern und an Familien weitergäben, weil sie sich genierten, offen über diese Themen zu sprechen. (*National 19.05.05*)

## **AUS ANDEREN LÄNDERN**

### **Papst ernennt Bischof**

**Wallis und Futuna:** Papst Benedikt XIV. hat Ende Juni den französischen Maristenpater Ghislain de Rasily zum neuen Bischof des französischen Überseeerritoriums Wallis und Futuna ernannt. Der 62-jährige ist Nachfolger von Bischof Lo-selio Fuahea, der mehr als 30 Jahre als Oberhirte die katholische Diözese von Wallis und Futuna geleitet hatte.

Bischof de Rasily studierte am Seminar der Maristen bei Lyon (Frankreich) katholische Theologie. 1973 reiste er nach Neukaledonien aus. Von 2002 bis dato war de Rasily Provinzialvikar in Suva (Fiji). Am 7. August wurde Ghislain de Rasily in der Kirche von Lano, nahe der Stadt Mata'Utu, im Beisein aller katholischen Bischöfe Ozeaniens in sein Amt eingeführt.

Die beiden polynesischen Inseln Wallis und Futuna sind seit 1959 französisches Überseeerritorium. Die rund 16.000 Bewohner gehören (bis auf 1 %) der katholischen Kirche an. (*Text von J.R., Quellen: Flash d'Océanie 08.08.05, L'Osservatore Romano online*)

### **Engere Zusammenarbeit gefordert**

**Salomonen:** Angesichts von Globalisierung, AIDS, militärischen Konflikten und Umweltzerstörung rief Philemon Akao (Prinzipal des „Bishop Patteson Theological College“ in Kohimarama auf West-Guadalcanal) Premierminister Sir Allan Kemekeza und den Premierminister von Vanuatu, Hon. Ham

Lini, zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat auf. „Weder die Regierung noch die Kirche existieren nur um ihrer selbst willen“, sagte er. Beide hätten sich, auf je ihre Weise, um das Wohl und Heil der Menschen zu kümmern, die ihnen anvertraut seien. Kemakeza und Lini waren die ersten Premierminister, die das theologische Seminar besuchten. (*Pacific Islands Report* 16.08.05)

### **Bald Frauen in der Kirche?**

**Tuvalu:** In der Kirche von Tuvalu ändert sich die Rolle der Frauen. Auf dem langen Weg zur Frauenordination ist die EKT („Ekalesia Kelisiano Tuvalu“) einen Schritt weitergekommen. Inzwischen ist es Frauen immerhin erlaubt, Gottesdienste zu halten, aber die Sakramentsverwaltung ist immer noch Männersache. Sulufaiga Uota, die Vorsitzende der Frauenarbeit, ist zuversichtlich, dass sich ihr Lebenstraum noch erfüllen wird: Die erste ordinierte Frau zu sein, die in Tuvalu predigen darf. (*Inside Out, Issue 43, Seite 18*)

## PAZIFIK ALLGEMEIN

### **WHO warnt vor Betelnuss**

Dr. Chen Ken, der Beauftragte der Weltgesundheitsorganisation (WHO) für den Pazifik, hat im Rahmen einer Visitationsreise durch 22 pazifische Staaten vor dem Konsum von Betelnüssen gewarnt. Das Betelnusskauen gefährde die Gesundheit. Es gäbe Anzeichen dafür, dass der regelmäßige Genuss der Samen krebserregend sei, erklärte Ken. WHO-Studien hätten gezeigt, dass Betelnuss-

kauen zu Erregung, Euphorie, Schweißausbrüchen, erhöhtem Speichelfluss, Hitzewellen und höherer körperlicher Belastbarkeit führe. Die WHO erkenne zwar die gesundheitlichen Gefahren des Kauens, überlasse es aber den Gesundheitsministerien der einzelnen pazifischen Staaten, ob und wie sie die Bevölkerung über die Gefahren aufklärten.

Ein hoher Konsum von Betelnüssen lässt sich in Saipan, Palau und Papua-Neuguinea nachweisen. In Palau wird die Betelnuss gemeinsam mit Kalk und filterlosen Zigaretten gekaut. Der Tabak erhöht die drogenähnliche Wirkung der Pflanze.

Dr. Ken sagte bei seinem Aufenthalt in Saipan weiter, die WHO Sorge sich über die steigende Zahl von Diabetes, Fettleibigkeit und Bluthochdruck im Pazifik. Man versuche, die Menschen zu mehr körperlicher Ertüchtigung anzuhalten, aber es sei nicht einfach, den „amerikanisierten“ Lebensstil der Pazifikinsulaner zu ändern. Eine große Herausforderung stelle für die WHO auch die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten (AIDS, Geschlechtskrankheiten) dar. Hier müsse man bereits in der Familie Aufklärungsarbeit leisten.

Dr. Ken ist im Jahr 2003 von dem koreanischen WHO-Direktor Jong-wook Lee als WHO-Beauftragter für den Pazifik eingesetzt worden.

**Info:** Die Betelnuss (lat. *Areca catechu*) ist die Frucht der 10 bis 15 m hohen Arekapalme. Der Samen ist von einer grünen Schale umgeben, die mit den Zähnen aufgebissen wird. Anschließend wird der Samen gemeinsam mit einer Kalkpaste in die Blätter des Betelpfeffers gewickelt und gekaut. Dabei verfärbt sich der Speichel rot. Der erhöhte Speichelfluss führt zum wiederholten Ausspucken,

was auf den Straßen rote Flecken hinterlässt. In den vergangenen Jahren hatten mehrere pazifische Staaten Initiativen gestartet, die das Ausspucken des Speichels in der Öffentlichkeit und in öffentlichen Gebäuden, wie Banken oder Flughafenterminals, verbietet.

Weltweit kauen rund 100 Millionen Menschen Betelnüsse. In Deutschland wird die Betelnuss medizinisch zur Behandlung von Tieren eingesetzt, da bereits eine Dosis von 8 bis 10 Gramm beim Menschen zum Tod durch Herz- und Atemlähmung führen kann.

(<http://www.who.int>, *Marianas Variety* 14.07.05, <http://www.heilkraeuterlexikon.de>)

### **Lebenslange Rente für Atomtestopfer**

Gleich zwei französische Gerichte haben im Juni mit ihren Urteilen für Freude bei französischen und tahitianischen Atomtestveteranenvereinigungen gesorgt. Zunächst entschied ein Militärgericht in Tours positiv über die lebenslange Auszahlung einer Invalidenrente für einen 65-jährigen Sahara-Veteran. André Mézières hatte von Februar 1962 bis März 1964 als Unteroffizier der französischen Armee auf dem Atomtestgelände Regane (Algerien) in der Sahara gearbeitet. Dabei hatte er vier Explosionen von Atombomben ohne nennenswerten Schutz beobachten sowie Aufräumarbeiten von radioaktiv verstrahlter Erde erledigen müssen. Seitdem leidet Mézières an einer Muskelentzündung, die nach und nach seinen Körper lähmen wird. Er hatte vor dem Militärgericht von Tours auf die Zahlung einer lebenslangen Invalidenrente geklagt. Zwar konnte Mézières Anwalt einen Zusammenhang zwischen der Teilnahme an den Atomtests und der Muskelkrankheit nicht schlüssig nachweisen, doch

gab das Gericht dem Kläger Recht, da auch die Vertreter der französischen Regierung keinen überzeugenden Beweis dafür erbringen konnten, dass die Krankheit nicht als Folge des Aufenthaltes auf dem Atomtestgelände Regane aufgetreten ist.

Eine Woche später entschied das Militärgericht in Brest ebenfalls positiv über die Klage des Atomtestveteranen Michel Cariou, Mitglied der französischen Atomtestveteranenvereinigung AVEN. Der 67-jährige Cariou hatte von 1966 bis 1972 an 31 Atomtests auf den Atollen Moruroa und Fangataufa teilgenommen. Der damalige ranghohe Offizier war zuständig für die Messungen der radioaktiven Strahlung, die von den Tests ausging. Cariou konnte dem Gericht beweisen, dass seine Form des Schilddrüsenkrebses unmittelbare Folge seiner Tätigkeit war, da er als einer der wenigen Veteranen Zugang zu seinen Gesundheitsakten im französischen Gesundheitsministerium erhielt. Er ließ die seit 30 Jahren ungeöffneten Akten unter medizinischen Aspekten überprüfen und erhielt den Bescheid, dass in seinen damaligen Urinproben ein Strontium-90-Gehalt festgestellt wurde, der 45 mal so hoch wie der Normalwert war. Das radioaktive Isotop Strontium-90, das bei Atomspaltungen entsteht, kann anstelle von Calcium von Organismen aufgenommen werden und zu schweren Strahlungsschäden führen.

Die Akte gab zudem Aufschluss darüber, dass Cariou zu hohen Dosen von Jod-131 ausgesetzt war, das bei Atomtests in Moruroa freigesetzt wurde. In den hohen Werten erkannte das Gericht in Brest einen Zusammenhang zwischen der Tätigkeit als Messingenieur auf den Atollen und der Erkrankung und sprach dem Veteranen ebenfalls eine lebenslange Invalidenrente zu.

Der Präsident der französischen Atomtestveteranenvereinigung AVEN, der ehemalige Militärarzt Dr. Jean-Louis Valatx, begrüßte beide Urteile. AVEN und seine Rechtsanwälte betreuen zurzeit 200 Atomtestveteranen, die vor französischen Gerichten auf Rentenzahlungen und/oder Kompensationen für Gesundheitsschäden klagen. (*Oceania Flash* 08. und 14.06.05, *Pressemitteilung AVEN* 13.06.05, *Pressemitteilung Moruroa e taitou* 13.06.05)

### **ADB eröffnet Büro in Sydney**

Die in Manila (Philippinen) ansässige „Asian Development Bank“ (ADB, Asiatische Entwicklungsbank) hat Anfang August in Sydney ein Repräsentanzbüro (eng. „Pacific Liaison and Coordination Office“) eröffnet. ADB-Präsident Haruhiko Kuroda erklärte, das Regionalbüro diene dem Projektmanagement für die durch die ADB finanzierten Entwicklungshilfeprojekte in Kiribati, Nauru, den Salomonen und Vanuatu. Die Koordinierung der Katastrophenhilfe, das Sammeln und die Weitergabe von Informationen sowie die Länderberichterstattung stehen ebenfalls auf der Liste der Aktivitäten des neuen Büros. Die strategisch günstige Lage Sydneys im Bezug auf den Pazifik ermögliche eine Kontaktaufnahme zum privaten Sektor in Australien und Neuseeland.

Die Entwicklung des Privatsektors, die regionale Kooperation und die nachhaltige Umweltpolitik sind Ziele des im November 2004 von der ADB verabschiedeten Fünfjahresplanes (2005 bis 2009) für den pazifischen Raum.

Die Direktorin des neuen Büros, Frau Naomi Chakwin, sagte, der Ausbau des privaten Sektors sei der Schlüssel beim

Kampf gegen die Armut und treibende Kraft für nachhaltiges Wirtschaftswachstum im Südpazifik.

Die ADB wurde 1966 von 31 Ländern mit dem Ziel gegründet, die Armut in Asien und dem Pazifik zu bekämpfen sowie zur sozialen Entwicklung und zur guten Regierungsführung der Staaten beizutragen. Sie hat heute 63 Mitgliedsländer, darunter 45 in der asiatisch-pazifischen Region. Deutschland beteiligt sich seit 1966 an der ADB. Die ADB ist eine multilaterale Entwicklungsbank, somit zielt ihre Geschäftstätigkeit nicht primär auf Gewinnerzielung. Zur Verwirklichung ihrer Ziele vergibt die Bank Darlehen und tätigt Kapitalbeteiligungen. Obwohl auch Kreditvergaben an den Privatsektor möglich sind, gehen die meisten Darlehen an den öffentlichen Bereich.

Über den Asiatischen Entwicklungsfonds - auch diesen hat Deutschland mitbegründet - vergibt die Bank zinsgünstige Kredite an ihre ärmeren regionalen Mitgliedsstaaten. Weltweit hat die Bank ca. 2.000 Beschäftigte aus etwa 50 Ländern, davon sind mehr als die Hälfte Filipinos. (*Flash d'Océanie* 04.08.05, <http://www.adb.org/Documents/News/2005/nr2005101.asp>, [http://de.wikipedia.org/wiki/Asiatische\\_Entwicklungsbank](http://de.wikipedia.org/wiki/Asiatische_Entwicklungsbank))

### **Treffen der Europäischen Ozeanisten Gemeinschaft**

Die ESfO (European Society for Oceanists) ist ein Zusammenschluss von Wissenschaftlern, deren Arbeitsgebiet bzw. Forschungsgegenstand der Südpazifik ist. Die Gesellschaft wurde 1992 in den Niederlanden, anlässlich des ersten europäischen „Kolloquiums über Pazifische Studien“, gegründet. Die Leitung setzt sich aus 16 Ländervertretern zusammen (jeweils zwei Repräsentanten

aus Österreich/Osteuropa, Südeuropa, Frankreich, Deutschland, den Niederlanden, Skandinavien, der Schweiz und Großbritannien).

Mit rund 450 internationalen Mitgliedern ist die ESfO weltweit die größte Fachgesellschaft mit Ozeanienschwerpunkt. Bis heute gibt es keine Zentrale und somit kein Informationszentrum für eine Kommunikation über die Gesellschaftsgrenzen hinaus. Alle drei Jahre veranstaltet die ESfO eine Konferenz, die jeweils von einer der Ländervertretungen organisiert wird. Diese Vertretung ist in der Zeit auch Repräsentant der Gesellschaft. Zurzeit ist das CREDO (Centre de Recherche et de Documentation sur l'Océanie) an der Universität in Marseilles, Frankreich, Ansprechpartner der ESfO.

Unter dem Titel „Pacific Challenges: Questioning concepts, rethinking conflicts“ hat das CREDO in Marseilles vom 6. bis 8. Juli 2005 die 6. ESfO-Konferenz veranstaltet. In zwölf Arbeitsgruppen wurden ca. 160 Vorträge gehalten, die den aktuellen Forschungsstand über Geschichte, Religion, Technologie, Dekolonisation und Transkulturation in Ozeanien widerspiegeln, sowie Raum-Zeit-Modelle und Kulturfestivals im Südpazifik thematisierten. Aus dem Pazifik waren u.a. folgende Vertreter anwesend: Jakob Simet (PNG National Culture Commission), Linus Digim'Rina und Biam Kanasa (University of PNG), Margaret Mutu und Ann Sullivan (University of Auckland, Neuseeland), Terence Wesley Smith (University of Hawai'i), Donald Dennon und Frances Peters-Little (Australian National University) sowie Grant McCall (University of New South Wales, Australien).

Der bekannte französische Ethnologe Maurice Godelier

hielt eines von insgesamt fünf Hauptreferaten, welche die Tagung - die nebenbei gute Gelegenheiten zu Fachgesprächen und zur Kontaktpflege geboten hat - gelungen abrundeten. Die Gastfreundschaft in der Provence und die gute Stimmung der großen „Familie“ Ozeanienforschender lässt mit Vorfreude auf die, 2008 in Verona geplante, 7. ESfO-Konferenz warten.

(Informationen: <http://cc.joensuu.fi/esfo/> und <http://www.pacific-credo.net/esfo/>, Geschrieben und erlebt von Dr. Alexandra Wessel)

## BRENNPUNKT INDONESIEN

### **Hohe Haftstrafen für friedliche Demonstranten**

**Provinz Papua:** Das Landgericht von Jayapura, Hauptstadt der indonesischen Provinz Papua (früher: Westpapua), hat die beiden Papuas Dr. Jakobus Filep Karma und Yusak Pakage zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Der 45-jährige Karma aus Biak wurde zu 15 Jahren Haft verurteilt, der 26-jährige Pakage erhielt zehn Jahre Gefängnis. Die beiden Papuas hatten am 1. Dezember 2004 auf dem Fußballplatz der Theologischen Hochschule der Protestantischen Kirche von Asepura, einem Vorort von Jayapura, für insgesamt drei Minuten die Morgensternflagge gehisst. Jährlich zum 1. Dezember gedenken Papuas ihrer am 1.12.1961 von den Niederlanden proklamierten Unabhängigkeit. Kurze Zeit später marschierte die indonesische Armee in Westpapua ein und okkupierte das Land als Provinz Indonesiens, was Papua bis heute ist. Zeichen der Unabhängigkeitsbewegung und inoffizielle Flagge des unabhängigen

Papua ist die so genannte „Morgensternflagge“.

Die Verurteilten hatten am 1.12.2004 gemeinsam mit rund 400 Demonstranten auf dem Fußballplatz friedlich gegen die widerrechtliche indonesische Besetzung ihrer Heimat protestiert und dabei kurz die Morgensternflagge gehisst. Die indonesische Polizei war daraufhin mit Waffengewalt gegen die Demonstranten vorgegangen. 22 Personen wurden verhaftet, doch später - bis auf Karma und Pakage - aus dem Polizeigewahrsam entlassen worden.

Am 26. Mai 2005 verkündete der Richter die Strafe für die beiden angeblichen Rädelsführer der Flaggenhisszeremonie. Sie wurden in den Anklagepunkten „Rebellion, Verrat und Feindschaft gegen den indonesischen Staat“ für schuldig befunden. Die vom Staatsanwalt vorgeschlagene fünfjährige Haftstrafe wurde vom Richter auf zehn bzw. 15 Jahre verlängert mit der Begründung, die Verurteilten hätten sich während der Haft nicht einsichtig gezeigt. Karma und Pakage hatten wiederholt im Gefängnis mit Hungerstreiks auf ihre Situation aufmerksam gemacht und gegen ihre schlechte Behandlung durch das Gefängnispersonal protestiert.

Die Verurteilung zu derart langen Haftstrafen in den für Hunger, Gewalt, Folter und mangelnder Hygiene berüchtigten indonesischen Gefängnissen hat weltweit unter der Solidaritätsbewegung für „Papua, the Land of Peace“ zu Protesten geführt.

Das „Faith-Based Network on West-Papua“, ein Zusammenschluss international tätiger Nichtregierungsorganisationen, rief zur sofortigen Freilassung der beiden Verurteilten auf. Auch die internationale Menschenrechtsorganisation Amnesty International machte in

einer „urgent action“ auf den Fall aufmerksam. (*Faith-Based Network on West-Papua, Juni 2005, Survival International online, West-Papua Netzwerk online*)

## **GAM und Regierung schließen Frieden**

**Aceh:** Am 15. August haben Vertreter der indonesischen Regierung und Repräsentanten der „Bewegung für ein freies Aceh“ (Gerakan Aceh Merdeka, GAM) im finnischen Helsinki ein Friedensabkommen unterzeichnet. Der ehemalige finnische Präsident Martti Ahtisaari hatte zwischen den Konfliktparteien, in Form der von ihm gegründeten „Crisis Management Initiative“, vermittelt und beide Parteien zu mehreren Runden vertraulicher Gespräche auf neutrales Gebiet nach Finnland eingeladen.

Die vorsichtige Annäherung der beiden Parteien war unmittelbare Folge des verheerenden Tsunami am 26. Dezember 2004, der die Provinzhauptstadt Banda Aceh nahezu komplett zerstörte. Auf Druck der Vereinten Nationen und der nach Aceh geeilten internationalen Katastrophenhilfswerke entschlossen sich die verfeindeten Parteien am 31. Mai 2005 zu einer Friedensabsichtserklärung (Memorandum of Understanding).

Das Abkommen zwischen der GAM und der indonesischen Zentralregierung zieht einen Schlussstrich unter einen beinahe 30 Jahre alten Konflikt um die Unabhängigkeit der indonesischen Provinz Aceh, in dessen Verlauf 15.000 Menschen starben. Das Friedensabkommen beinhaltet den sofortigen Stopp aller Kampfhandlungen und sieht die Entwaffnung der GAM-Kämpfer vor. Im Gegenzug verpflichtet sich die indonesische Regierung, die noch rund 10.000 in

Aceh stationierten indonesischen Soldaten abzuziehen. Die GAM-Rebellen verzichten auf ihre Forderung nach einem unabhängigen Staat und akzeptieren stattdessen eine Form von Selbstverwaltung, die auch die Gründung eigener politischer Parteien erlaubt. Ehemaligen Kombattanten der GAM sowie politischen Gefangenen soll eine Amnestie gewährt werden und sie sollen ein Stück Ackerland erhalten, um sich eine eigene Existenz aufbauen zu können. Die indonesische Regierung will einen Menschenrechtsgerichtshof sowie eine Wahrheits- und Versöhnungskommission einrichten.

Die Einhaltung des umfangreichen Friedensabkommens soll von einem Team aus Vertretern der Europäischen Union und der ASEAN-Staaten (Association of South-East Asian Nations) überwacht werden.

Der indonesische Justizminister Hamid Awaluddin, der das Abkommen in Helsinki unterzeichnete, bat: „*Lasst nicht die bittere Vergangenheit unsere Zukunft zerstören*“.

Aceh, gelegen an der Nordspitze der Insel Sumatra, hat 4,3 Millionen Einwohner und ist reich an den Bodenschätzen Öl und Gas. (*BBC News 15.08.05, Artikel von Ingo Wandelt im Asienhaus-Rundbrief*)

## **Bergbau in geschützten Wäldern erlaubt**

Das indonesische Verfassungsgericht hat Anfang Juli das Forstgesetz Nr. 19/2004 bestätigt. Damit wird das Forstgesetz Nr. 41/1999, das den offenen Tagebergbau in geschützten Waldgebieten untersagte, für einige Firmen ungültig. Ab sofort dürfen 13 Bergbauunternehmen ihre Tätigkeit auch in bisher geschützten Wäldern aufnehmen, wenn sie in diesen Regionen mit dem Tagebergbau bereits vor dem

1999 beschlossenen Forstgesetz begonnen haben. Der Vorsitzende Richter des aus neun Richtern bestehenden obersten Gremiums, Jimly Asshiddiqie, sagte, man habe sich entschlossen, das Gesetz 19/2004 beizubehalten, da es nicht gegen die indonesische Verfassung von 1945 verstoße. Der Richter erklärte weiter, die Entscheidung sei auch auf der Grundlage gefallen, dass die Regierung die Verträge von Unternehmen honorieren müsse, die bereits Lizenzen zum Bergbau in den geschützten Gebieten besäßen. Der Richter entsprach damit den Argumenten der Regierung, die einen Investitionsanreiz für Großkonzerne im Land schaffen wollte. Von dem Gesetz profitieren die bereits seit Jahren in geschützten Gebieten tätigen ausländischen Bergbauunternehmen Freeport McRoRan und Inco, sowie die einheimische Firma PT Aneka Tambang. Sie dürfen damit legal weiter in den Umweltschutzgebieten Rohstoffe abbauen.

Im Februar des Jahres hatten elf Umweltschutzorganisationen und 82 Einzelpersonen die Revision des Gesetzes 19/2004 gefordert. Das Verfassungsgericht hatte dieser Revision zugestimmt, entschied aber nun nach Anhörungen über die Rechtsgültigkeit und Verfassungskonformität des Gesetzes. Ein erneut von Umweltschutzorganisationen angezogener Einspruch vor dem Verfassungsgericht gilt als aussichtslos. (*vwd.de 07.07.05, Jakarta Post 08.07.05*)

**BERICHTE AUS DEN  
INSELSTAATEN**

## MELANESIEN

### 25 Jahre Unabhängigkeit

**Vanuatu:** Am 30. Juli 2005 hat die Republik Vanuatu den 25. Jahrestag ihrer Unabhängigkeit gefeiert. Einige Staats- und Regierungschefs der pazifischen Nachbarstaaten waren eigens zu diesem Anlass in die Hauptstadt Port Vila auf die Insel Efate gereist. Der Präsident von Französisch-Polynesien, Oscar Temaru, zeigte sich begeistert von dem, was die Menschen Vanuatus in den 25 Jahren geleistet habe. Temaru legte als Anerkennung für die Leistungen des 1999 verstorbenen ersten vanuatischen Premierministers und „Vaters der Unabhängigkeit“, Father Walter Lini, an dessen Grab auf der Insel Pentecost einen Kranz nieder. Dabei wurde er von Linis Witwe Mary und dessen Schwester Hilda Lini begleitet.

Im Rahmen der auf Tradition bedachten einwöchigen Unabhängigkeitsfeiern ließ Vanuatus Präsident Kalkot Mataskelekele die Entwicklungen der letzten 25 Jahre Revue passieren. Dabei rief er auch die aktuellen Probleme der aus rund 80 Inseln (davon nur 12 bewohnte) bestehenden melanesischen Republik vor Augen: Ein starker Bevölkerungsanstieg im Gegensatz zu geringem Wirtschaftswachstum, die zunehmende Land-Stadt-Flucht, die illegalen Siedlungen in den Randgebieten der Städte, die nachlassende politische Wirkung der traditionellen Hierarchiestrukturen (*chiefs*). Man müsse sich diesen Herausforderungen stellen und sich wieder auf die wahren Werte der vanuatischen Gesellschaft konzentrieren: Die Familie, den christlichen Glauben und die traditionellen Normen, forderte der Präsident.

**Info:** Vanuatu war 1768 von dem französischen Entdecker Louis Antoine de Bougainville als „Les Grandes Cyclades“ benannt worden. 1774 kartographierte der britische Seefahrer Kapitän James Cook die Inseln als „Neue Hebriden“, und dieser Name setzte sich durch. Im 19. Jahrhundert erfolgte die Kolonialisierung der Neuen Hebriden durch die Franzosen und Briten, sie richteten bereits 1887 eine „Joint Naval Commission“ ein. 1906 einigten sich beide Kolonialstaaten auf die Gründung des „Anglo-Französischen Kondominiums Vanuatu“. Mit diesem ging die Einführung von zwei europäischen Sprachen als offiziellen Regierungssprachen, zwei Schulsystemen und zwei Polizeiapparaten einher. Am 30. Juli 1980 wurden die Neuen Hebriden als „Republik Vanuatu“ in die Unabhängigkeit entlassen. (*Port Vila Presse 29.07.05, Flash d'Océanie 01.08.05, Pacific Islands Encyclopedia*)

### Rauchverbot in Neukaledonien

**Neukaledonien:** Ein neu erlassenes Gesetz zum Schutz der Gesundheit in Neukaledonien ist am 1. August 2005 in Kraft getreten. Danach darf auf öffentlichen Plätzen sowie im Flug-, Zug- und Taxiverkehr nicht mehr geraucht werden, wie der pazifische Nachrichtendienst „Oceania Flash“ bereits im Juni berichtete. Der Alkoholkonsum ist ebenfalls strikt verboten. Bei Sportveranstaltungen und anderen öffentlichen Events dürfen keine Werbeflächen für Alkohol und Zigaretten mehr gezeigt werden und diese Konsumgüter auch nicht mehr an Jugendliche unter 18 Jahren verkauft werden.

Wie die Zeitung „Les Nouvelles Pacific Sud“ in Neukaledonien am 23. August mitteilte, wurde eine Strafe von 3.000 Franc (ca. 460 Euro) für den Verstoß

gegen das Gesetz ausgesetzt, um die Effektivität zu verdeutlichen.

Die neukaledonische Gesundheitsministerin Marianne Devaux setzt sich seit Jahren im sozialen Sektor ein und gilt als Streiterin für die Armen. In der Vergangenheit initiierte die Sorbonne-Absolventin Verbesserungen der Sozialwohnungslage, des Verkehrssystems und des Unterrichts. Als Gesundheitsministerin hat sie nun dem gesundheitsschädigenden Tabak- und Alkoholkonsum, vor allem unter Jugendlichen, den Kampf angesagt. In der dem Gesetzesentwurf vorangegangenen Debatte erläuterte sie, in Neukaledonien sterbe alle drei Tage eine Person aufgrund von Alkohol- oder Tabakgenuss.

Das neue Gesetz ist dem vor einigen Jahren in Frankreich verabschiedeten und umgesetzten Entwurf inhaltlich nachempfunden. Es beinhaltet auch, dass auf jedem Zigarettenpäckchen der Hinweis „Tabak tötet“ in französischer Sprache stehen muss. Allerdings wird die Umsetzung dieses Punktes des Gesetzes noch eine Weile dauern, da die meisten Tabakprodukte aus dem englischsprachigen Raum, hauptsächlich aus Australien, importiert werden und die Industrie einen zeitlichen Spielraum zur Umstellung ihres Produktangebots braucht.

Die Opposition sieht in der ebenfalls beschlossenen Erhöhung der Tabaksteuer um 5,5% auf insgesamt 26% einen zu kleinen Schritt der Politik, um Raucher abzuschrecken. Die Regierung hält mit dem Plan dagegen, der eine schrittweise, jährliche Erhöhung der Tabaksteuer um jeweils 5-10% vorsieht, die so lange umgesetzt wird, bis die Importzahlen für Zigaretten deutlich sichtbar sinken.

Umstritten ist das Rauchverbot im Gastgewerbe. Während sich die meisten Bar- und Gaststättenbesitzer gegen ein generelles Verbot aussprechen, berichtet „Les Nouvelles Pacific Sud“ von einem Pilotprojekt, in dem ein Restaurant Nichtraucher-Abende anbietet, die von der Bevölkerung sehr gut angenommen werden. In den meisten Gastwirtschaften müssen sich die Besucher jedoch mit einer Einteilung in eine Nichtraucher- und eine Raucherzone zufrieden geben. (Artikel von Alexandra Wessel. Quellen: Oceania Flash 17.06.05, Les Nouvelles Caledoniennes 23.08.05)

### **Gesetzesänderung führt zur Spaltung der Gesellschaft**

**Fiji:** Der „Great Council of Chiefs“ (die konstitutionelle Regierung Fijis) hat am 1. Juni 2005 ein neues Gesetz zur Aussöhnung zwischen den Gegnern des im Jahr 2000 stattgefundenen Coups und für mehr Toleranz vorgestellt. Darin ist unter anderem die Straffreiheit der damaligen Täter verankert. Viele Mitglieder der amtierenden Regierung sind persönlich von diesem Gesetz betroffen. Fijis Premierminister Laisenia Quarase spaltet damit die Bevölkerung in zwei Lager. Die am Coup 2000 Beteiligten befürworten das neue Gesetz, während die Opfer von damals dagegen stimmen. Die zu erwartenden Ausschreitungen von Mitgliedern der beiden Lager werden derzeit von der Polizei vereitelt. Diese hat jedoch bereits Anfang August das Militär um Verstärkung in dieser Angelegenheit gebeten. Am 9. August 2005 gab das britische Auswärtige Amt eine Reisewarnung für Fiji-Reisende heraus, in der ihnen geraten wird, sich von Massensammlungen fern zu halten. Die australische Regierung, ständiger Beobachter der politischen Lage in

Fiji, bezeichnet die Lage als sehr gespannt.

Jon Fraenkel von der University of the South Pacific in Suva plädierte unterdessen für einen Volksentscheid über das neue Gesetz. Dieser sei gesetzlich nicht verboten und könne ohne viel Aufwand zusammen mit der nächsten Wahl abgehalten werden.

Der Generalsekretär des Commonwealth, Don McKinnon, versuchte bei einer Besprechung des Gesetzestextes im Parlament mit beschwichtigenden Worten, die Wogen zu glätten. Die *Fiji Times* berichtete am 30. August 2005, dass er an die Regierung appellierte, die Sicht der Bürger nicht auszublenden, wenn die Inhalte der kontroversen Gesetzgebung neu diskutiert werden. Er forderte die Regierung auf, den Anforderungen einer Demokratie gerecht zu werden und Freiheit und Fairness für alle Bürger zu garantieren. (Artikel von Alexandra Wessel. Quellen: Fiji Times, Pacific Islands Report, Radio New Zealand International)

### **Japan kauft Stimmen, um den Walfang legal fort zu setzen**

**Salomonen/Korea:** Vom 20. bis zum 24. Juni 2005 fand in Ulsan (Korea) die 57. Internationale Konferenz der Internationalen Walfangkommission (IWC) statt. Japan hat bei dieser Tagung einen Antrag auf Freigabe des Walfangs gestellt, jedoch die einfache Mehrheit für dessen Umsetzung verfehlt. Wie jetzt bekannt wurde, kam es im Vorfeld dieses Treffens zu einem Eklat. Demnach hat Japan, neben Grenada und der Dominikanischen Republik, auch an die Salomon-Inseln für eine Stimmabgabe zugunsten seines Antrags gezahlt. Ehemalige Vertreter der Salomon-Inseln in der IWC berichteten am 19. Juli in der australischen

Fernsehsendung „Four Corners“ über Zahlungen an das Ministerium für Fischerei, die im Austausch für die Stimme der Salomonen bei der Abstimmung in Ulsan geleistet wurden. Japan zahlte, wie die deutsche Zeitung taz am 20.7.2005 berichtete, demnach eine Summe in Millionenhöhe sowie die Mitgliedsbeiträge der Salomonen bei der IWC und die Flugtickets zu deren Treffen. Als Gegenleistung soll Japan, neben der Stimmabgabe für den Walfang, Fischfangrechte für die kommenden 30 Jahre im Gebiet der Salomon Inseln zugesagt bekommen haben.

Die Regierung der Salomon Inseln bestreitet, für ihre Stimme in Ulsan bezahlt worden zu sein. Sie verweist auf die Tatsache, dass Taiwan mehr Fischereirechte in dem Gebiet um die Inseln hat als Japan. Sowohl die japanische Regierung, wie auch der salomonische Minister für Fischerei, Tione Bugotu, beteuern, dass es Zahlungen in Form von Wirtschaftshilfe zwischen Japan und dem südpazifischen Inselstaat bereits vor dem Antrag auf freien Walfang gab.

Die Regierung der Salomonen in der Hauptstadt Honiara erwähnte im Zusammenhang mit dem Stimmenkauf eine weitere Praktik; die Entfremdung von Geldern, die an das Ministerium gezahlt wurden, in private Kanäle.

Premierminister Sir Allan Kemekeza sieht jedoch eher den Gewinn für sein Land, als die negative Entwicklung einer Moral zu kommentieren. Nach seiner Rückkehr von einer Dienstreise nach Japan sprach er von hoffnungsvollen Investitionsinteressen Japans auf den Salomonen. (Artikel von Alexandra Wessel. Quellen: Atuna.com 19.6.2005, taz 20.07.05, Four Corners, www.iwc.org)

## MIKRONESIEN

### **Neues Gesetz zur Homosexualität ?**

**Palau:** Der Senat von Palau diskutiert eine von Senator Santy Asanuma eingebrachte Gesetzesvorlage zum Verbot gleichgeschlechtlicher Ehen und eingetragener homosexueller/lesbischer Lebenspartnerschaften. Im Gesetzesentwurf heißt es, es sei „im Interesse der Republik von Palau, dass die traditionelle Ehe zwischen Mann und Frau zum Zwecke der Fortpflanzung“ erhalten bleibt. Diese Formulierung hat zu Diskussionen unter den Abgeordneten geführt, zumal aus dem bisher vorliegenden Gesetzesentwurf nicht hervorgeht - so die Kritiker-, ob sich das Gesetz nur auf eine gleichgeschlechtliche Beziehung zwischen Bürgern Palaus oder auch auf Beziehungen zwischen einem Bürger und einem „Ausländer“ bezieht. (*Flash d'Océanie* 26.08.05)

### **Zu viele Teenie-Schwangerschaften**

**Marshall-Inseln:** Die rund 60.000 Bewohner der Marshall-Inseln haben pazifikweit sowohl die höchste Rate minderjähriger Schwangerschaften als auch die höchste Rate an Patienten, die unter sexuell übertragbaren Krankheiten leiden. Das ist das Ergebnis eines Berichts des Gesundheitsministeriums in Majuro. Die Gesundheitsbehörde macht dafür das nahezu vollständige Fehlen des Gebrauchs von Kondomen verantwortlich. Tausende, von internationalen Hilfswerken gespendete, Kondome lagerten nutzlos in Krankenhäusern und -stationen und müssten nach Ablauf des Verfallsdatums im nächsten Jahr entsorgt werden, hieß es seitens der Behörde.

Der Bericht zur gesundheitlichen Situation auf den Marshall-Inseln kommt weiter zu dem Ergebnis, dass eine Vielzahl der sexuell übertragbaren Krankheiten (sexually transmitted diseases, std) erst zu einem sehr späten Zeitpunkt von den Erkrankten gemeldet würde, so dass die Behandlung dann aufwändig und teuer würde. Besonders hoch ist die Rate der an Syphilis erkrankten Menschen. Im Jahr 2004 testete das Gesundheitsamt 4.075 Menschen, von denen 288 (6,1 %) an der Geschlechtskrankheit litten. (*Anmerkung J.R.: Syphilis = Durch das Stäbchenbakterium Treponema pallidum hervorgerufene, meldepflichtige Geschlechtskrankheit die beim Geschlechtsverkehr durch feine Haut- und Schleimhautverletzungen übertragen wird.*)

Weiterhin sei die niedrige Rate von gemeldeten AIDS/HIV-Erkrankten (drei Menschen) kein Grund zur Freude, warnte die Behörde. Besonders wies der Bericht auf die vielen minderjährigen Schwangeren hin. Im Jahr 2004 waren 17% aller Erstgebärenden so genannte „Teenie-Schwangerschaften“ von minderjährigen Mädchen.

Die Behörden bemängeln in ihrem Gesundheitsbericht den absoluten Unwillen der Männer, sich an Fragen von Verhütung und Schwangerschaft zu beteiligen. Männer interessierten sich weder für die unterschiedlichen Formen der Verhütung, noch kauften oder benutzten sie Kondome. In den Jahren 2001 bis 2004 kamen nur 63 Männer in die „Reproductive Health Clinic“ in Majuro, um sich beraten zu lassen und in den Gebrauch von Präservativen einweisen zu lassen.

Laut Statistik des Gesundheitsministeriums nutzen knapp 1.500 Frauen Verhütungsmittel, davon nur 15% Kondome, die das sicherste Mittel zur Verhütung von Geschlechtskrankheiten sind. (*Giff Johnson in Marianas Variety*, 21.08.05)

## POLYNESIEN

### **Streik des öffentlichen Dienstes weitet sich aus**

**Tonga:** Ende Juli traten mehrere tausend Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in den Streik. Sie protestierten damit gegen die Erhöhung der Gehälter für Minister und hochrangige Staatsbeamte, während untere Gehaltsgruppen seit mehr als zehn Jahren, trotz rasant steigender Lebenshaltungskosten, keine Gehaltserhöhungen erhielten. Aus dieser Tatsache erklären sich die extrem erscheinenden Forderungen der Streikenden nach 60 bis 80 Prozent mehr Geld. Mehr als tausend öffentliche Angestellte versammelten sich auf dem Pangai Si'i, dem Platz zwischen dem Parlamentsgebäude und dem Königspalast, wo Zelte aufgebaut waren und rund um die Uhr Kundgebungen abgehalten wurden. Neben den Angestellten von Regierungsämtern schlossen sich dem Streik auch die Lehrer an, so dass die meisten Schulen geschlossen wurden.

'Akilisi Pohiva, Parlamentsabgeordneter und Anführer der tonganischen Demokratiebewegung, meinte, der Streik sei Teil eines größeren Prozesses, in dem das Volk gegenüber der autoritären Monarchie seine Rechte einfordert. Es werde Zeit, dass die Verfassung des Königreichs geändert würde, um mehr politische Mitbestimmung des Volkes zu ermöglichen. Vuna Fa'otusia, einer der Anführer der Streikbewegung, sagte, falls den Forderungen nach Gehaltserhöhungen nicht nachgekommen werde, würden die Forderungen weiter erhöht und der Rücktritt der Regierung verlangt werden.

Die Zahl der Streikenden auf dem Pangai Si'i erhöhte sich in den folgenden Wochen stetig. Die Regierung machte schließlich mehrere zögerliche Angebote für eine Lohnerhöhung, jedoch weit unter den geforderten 60-80%. Anfang August zogen mehrere tausend Streikende durch die Innenstadt von Nuku'alofa zum Königspalast, um dem König eine Petition mit ihren Forderungen zu übergeben. Mittlerweile hatten sich die Vertreter des Adels im Parlament, die bislang auf Seite der Regierung standen, mit den Streikenden solidarisiert, und Prinz Tu'ipelehake, der Neffe von König Taufa'ahau Tupou IV., führte den Protestmarsch an, was ihm den Spitznamen „People's Prince“ eintrug. Eine Tochter des Königs, Prinzessin Pilolevu Tuita, nahm im Auftrag ihres Vaters die Petition entgegen, eine Reaktion des Königs blieb aber bislang aus.

Nachdem der Streik bereits über einen Monat andauert, spitzt sich die Lage zu. Die Polizei versuchte vergeblich, die Menschenmenge auf dem Pangai Si'i aufzulösen, und es kam zu mehreren Zwischenfällen, unter anderem wurden mehrere Autos und eine Schule in Brand gesteckt. Mittlerweile wird der Konflikt auch in Neuseeland ausgefochten, wo König Taufa'ahau Tupou sich zurzeit aufhält. Hunderte von in Neuseeland lebenden Tonganern versuchten, in die Residenz des Königs in Auckland einzudringen, was zu Konfrontationen mit der neuseeländischen Polizei führte. Ende August verhandelten Regierung und Streikführung, unter Vermittlung des neuseeländischen Richters Thomas Goddard, jedoch wurden die Verhandlungen nach kurzer Zeit ergebnislos abgebrochen. (Artikel von Lorenz Gonschor. Quellen: Augenzeugnis der Kundgebungen, PIR, Matangi Tonga, New Zealand Herald, Tahitipresse, TPM)

## **Synode widmet sich „weltlichen“ Themen**

**Französisch-Polynesien:** Die 121. Synode (das ist das oberste kirchliche Leitungsorgan mit gesetzgebender Zuständigkeit) der „Evangelischen Kirche der Maohi“ (Eglise Protestante Maohi, EPM) von Französisch-Polynesien hat sich bei ihrem jährlichen Treffen in Tahaa (Inseln unter der Winde) mit aktuellen politischen und gesellschaftlichen Themen in der einheimischen Bevölkerung (Maohi) des französischen Überseegebietes auseinandergesetzt. Die Synode stand unter der Fragestellung: „Qui est mon prochain?“ („Wer ist mein Nächster?“)

Bei den fünftägigen Gesprächen zwischen den Abgesandten der verschiedenen Kirchenprovinzen ging es u.a. um den Kampf der Maohi gegen die Entfremdung von ihrem traditionellen Land durch Grundstücksspekulationen ausländischer Firmen. Die Synode rief vor allem ausländische Hotelbetreiber dazu auf, vor dem Bau eines Hotels die Einwilligung der betroffenen Landbesitzer einzuholen. Statt großer Hotelbetriebe sollten Besucher vermehrt auf kleine Familienbetriebe, wie Pensionen und Gästezimmer in Privathäusern, zurückgreifen, um die Lokalbevölkerung vor Ort zu stärken und die bereits vorhandenen touristischen Infrastrukturen nachhaltig zu nutzen. Die Synode wandte sich auch gegen das „Anfüttern“ von Haien in den Lagunen, um Touristen das „Whale Watching“ zu erleichtern.

Weitere Themen waren der häufige Missbrauch von Drogen und Alkohol durch (vor allem) junge, männliche, arbeitslose Maohi. Des Weiteren forderte die EPM den französischen Staat auf, sich seiner Verantwortung für die polynesischen Atomtestopfer zu stellen.

Kirchenintern diskutierte die Synode über die Möglichkeiten, die „leeren Kassen“ zu füllen und mehr Frauen den Eintritt in kirchliche Führungspositionen zu ermöglichen. (Tahitipresse 08.08.05, Papeete online 27.07.05)

## **Komitee kümmert sich um Atomtestveteranen**

**Französisch-Polynesien:** Mitte Juni hat das Kabinett in Pape'ete, der Hauptstadt Französisch-Polynesiens, die Gründung eines Komitees zur besseren Betreuung der Atomtestveteranen beschlossen. Das Komitee trägt den Titel „Conseil d'Orientation sur le suivi des conséquences des essais nucléaires effectués en Polynésie française entre 1966 et 1996“ (dt: Rat zur Ermittlung der Auswirkungen der Atomtests in Französisch-Polynesien zwischen 1966 und 1996).

Der Einrichtung des Komitees vorausgegangen waren die jahrelangen Bemühungen der tahitianischen Atomtestveteranenvereinigung „Moruroa e Tatou“ (dt. „Moruroa und Wir“) unter Leitung von Roland Oldham. Die Eingaben der Vereinigung an das Kabinett waren unter der pro-französischen Präsidentschaft von Gaston Flosse stets gescheitert. Erst der seit März des Jahres im Amt stehende neue Territorialpräsident Oscar Temaru, selbst ehemaliger Arbeiter auf dem französischen Atomtestgelände des Moruroa-Atolls, hatte der Gründung des Komitees zugestimmt.

Das Komitee besteht aus Mitgliedern von „Moruroa e Tatou“, der territorialen Regierung und aus Vertretern der Versammlung Französisch-Polynesiens.

Vizepräsident Jacqui Drollet erklärte, der neue Arbeitsausschuss solle sich vor allem mit den Ansprüchen und Rechten

der an Gesundheitsschäden leidenden ehemaligen Testarbeiter befassen. Er solle ebenfalls das Sekretariat der Atomtestveteranenvereinigung unterstützen. Der Koordinator der Vereinigung, John Doom, sammelt in dem Sekretariat die Kompensationsklagen der Ex-Arbeiter und nimmt persönliche Daten und Krankheitsgeschichten auf. Seit der Gründung der Vereinigung im Jahr 2001, ist die Mitgliederzahl von „Moruroa e Tatou“ auf über 4.000 Veteranen und deren Familienangehörige angewachsen. John Doom soll nun bei der Daten- und Informationsbeschaffung durch die Ausschussmitglieder unterstützt werden. Der französische Staat hat der Vereinigung 80.000 Dollar zur Verfügung gestellt, damit Koordinator Doom und Präsident Oldham ihre Auslands- und Besuchsreisen zu den Veteranen bezahlen können. Auch die Organisation von Veteranentreffen auf den entlegenen Inseln soll mit den Geldern finanziell erleichtert werden.

Roland Oldham erklärte bei einem Treffen von Atomtestopfern im australischen Sydney, anlässlich des 60-jährigen Jahrestages des Abwurfs der Hiroshima-Bombe, bisher habe noch kein tahitianischer Testarbeiter eine finanzielle Entschädigung für erlittene Gesundheitsschäden vom französischen Staat erhalten.

Im Sommer nächsten Jahres wird Bruno Barrillot vom französischen „Centre de Documentation et de Recherche sur la Paix et les Conflits“ (CDRPC) der Versammlung Französisch-Polynesiens einen umfassenden Bericht zu den Tests und deren Konsequenzen auf Mensch und Umwelt vorlegen. Barrillot wurde zum Leiter einer einjährigen Expertenkommission ernannt, die ihren Bericht Oscar Temaru vorlegen soll.

Bruno Barrillot vertritt den französischen Zweig der „European Pacific Solidarity“ (EPS) und ist außerdem Mitglied im Koordinierungsausschuss des „European Centre on Pacific Issues“ (ECSIEP), dem niederländischen Sekretariat der EPS. (Green Left weekly 10.08.05, Tahitipresse 18.07.05, Oceania Flash 10.06.05, Pressemitteilung CDRPC 10.06.05)

### **Gaston Flosses' Partei zerbröckelt**

**Französisch-Polynesien:** Die Partei Tahoeraa Huiraatira des Ex-Präsidenten und derzeitigen Oppositionsführers Gaston Flosse ist durch Austritte prominenter Parteimitglieder deutlich geschwächt worden. Bereits kurz nach der Wahlniederlage gegen Präsident Oscar Temarus UPLD im Februar waren Flosses ehemaliger Finanzminister Georges Puchon und der Tahoeraa-Abgeordnete von den Marquesas-Inseln Jean-Alain Frébault zur UPLD übergelaufen und daraufhin aus der Tahoeraa ausgeschlossen wurden. Mitte Juli trat Jean-Christophe Bouissou, bisheriger Generalsekretär der Partei und Flosses ehemaliger Bauminister, aus der Tahoeraa aus und kündigte die Gründung einer eigenen Partei an. Bouissou war zuvor als parteiinterner Kritiker von Flosse aufgetreten und hatte sich vergeblich um eine inhaltliche und personelle Erneuerung der Partei bemüht. Anfang Juli war er daraufhin aus dem Parteivorstand ausgeschlossen worden, so dass sein Parteiaustritt niemanden überraschte. Bouissou war Vorsitzender des mitgliederstarken Tahoeraa-Ortsverbandes der Gemeinde Faa'a und galt lange Zeit als Nummer drei der Partei, nach Flosses Schwiegersohn Edouard Fritch. Anfang August trat Temauri Foster, Tahoeraa-Abgeordneter und Bürger-

meister des Tuamotu-Atolls Hao, ebenfalls aus der Partei aus. In der Versammlung Französisch-Polynesiens verfügt die Tahoeraa jetzt nur noch über 24 Sitze, gegenüber 29 für die UPLD und vier Unabhängigen. (Artikel von Lorenz Gonschor. Quellen: Tahitipresse, Tahiti Pacifique)

## HAWAII

### **US-Gericht urteilt gegen Kamehameha-Schule**

Am 2. August entschied der US-Bundesbezirksgerichtshof in San Francisco, dass die Bevorzugung einheimischer Hawaier durch die hawaiische Kamehameha-Schule gegen die US-Rechtsprinzipien verstößt. Das Gericht folgte damit der Klage eines amerikanischen Schülers, dem die Einschulung verweigert worden war, weil er nicht hawaiischer Abstammung ist. Die Schule legte gegen das Urteil Berufung ein.

Die nach Hawaiis erstem König benannte Kamehameha-Schule wurde 1887 nach dem Willen von Prinzessin Pauahi, der größten Landbesitzerin im Königreich Hawai'i, gegründet, die in ihrem Testament verfügte, ihr Vermögen für die Bildung hawaiischer Kinder zu stiften. Auch wenn die Schule nach der US-Annexion Ende des 19. Jahrhunderts, ähnlich wie alle Institutionen Hawaiis, weitgehend gleichgeschaltet wurde, hat sie sich zu einer angesehenen hawaiischen Institution entwickelt. Während hawaiische Schüler an den meisten anderen Bildungseinrichtungen schlecht abschneiden, erreichen die Kamehameha-Schüler

gewöhnlich Spitzenleistungen. Praktisch die gesamte intellektuelle Elite des hawaiischen Volkes erhielt dort ihre schulische Bildung.

Vor diesem Hintergrund führte das Urteil zu Empörung unter den Hawaiiern. Man wolle den Hawaiiern das Letzte nehmen, was sie noch haben, so die allgemeine Meinung. Tatsächlich ist die Gerichtsklage des Schülers Teil einer systematischen Serie von Gerichtsklagen rechtsextremer amerikanischer Siedler in Hawai'i, die zum Ziel haben, alle Institutionen und Sozialprogramme zugunsten einheimischer Hawaiianer abzuschaffen, weil diese angeblich „rassisch diskriminierend“ gegen Nichtindigene seien.

Da die Schule unter dem unabhängigen Königreich vor der US-Annexion gegründet wurde, könne man US-Recht in diesem Fall nicht anwenden, wurde von Verteidigern der Schule argumentiert, zumal die Legitimität der US-Herrschaft über Hawai'i generell umstritten ist.

Am darauf folgenden Samstag kam es zu einer Massendemonstration gegen das Gerichtsurteil und zur Unterstützung der Schule. Mehr als 15.000 Hawaiianer und deren Unterstützer versammelten sich vor dem 'Iolani-Palast in der Altstadt von Honolulu zu einer Kundgebung und zogen dann durch die Innenstadt zum königlichen Mausoleum Mauna 'Ala, wo Prinzessin Pauahi begraben liegt. Gleichzeitig fanden auch auf allen äußeren Inseln Hawai'is Kundgebungen mit jeweils mehreren hundert Teilnehmern statt. Zwei Wochen später demonstrierten über 500 Hawaiianer vor dem Gerichtsgebäude in San Francisco. (Artikel von Lorenz Gonschor. Quellen: Honolulu Advertiser, Honolulu Star-Bulletin)

## **Unabhängigkeits-**

## **bewegungen vereinigen sich gegen Akaka- Gesetzesvorlage**

Anfang Juli versammelten sich unter Führung des Aktivisten Keli'i Skippy Ioane zahlreiche Vertreter bislang untereinander zerstrittener hawaiischer Unabhängigkeitsbewegungen und beschlossen, eine gemeinsame Dachorganisation mit dem Namen Hui P\_ (Vereinigt) zu gründen. Ziel der Organisation ist es, den Beschluss der zurzeit im US-Kongress debattierten so genannten „Akaka-Gesetzesvorlage“ zu verhindern. Die nach dem hawaiischen Senator in Washington benannte Gesetzesvorlage sieht die rechtliche Gleichstellung der Hawaiiern mit den amerikanischen Indianern als indigenes Volk der USA vor.

Im Zuge dessen soll eine „Indigene hawaiische Regierungsentität“ unter Aufsicht des US-Innenministeriums geschaffen werden, analog zu den Regierungen der Indianerreservate auf dem US-Kontinent. Die hawaiische Unabhängigkeitsbewegung lehnt diese Initiative entschieden ab, weil damit die umstrittene Zugehörigkeit Hawai'is zu den USA gesetzlich verankert und der Kampf für die Wiederherstellung der Unabhängigkeit schwieriger würde. Die Gleichstellung der Hawaiiern mit den Indianern würde auch die vollkommen unterschiedliche Rechtsgeschichte des Verhältnisses zwischen Hawai'i und den Vereinigten Staaten negieren.

Die Gegner der Gesetzesvorlage beschlossen, ein Komitee zu bilden, dem mittlerweile über 70 Personen angehören, unter anderem Pu'uhonua Bumpy Kanahale, Staatsoberhaupt der Nation of Hawai'i; Henry Noa, Premierminister der Wiedereingesetzten Hawaiianischen Regierung; Kekuni Blaisdell, Leiter der Bewegung Ka P\_kaukau; der langjährige Unabhängig-

keitsaktivist Kihei Soli Niheu; Professor Jon Kamakawiwo'ole Osorio, Direktor des Zentrums für Hawaiianische Studien an der Universität von Hawai'i; Dennis Ragsdale, Generaladvokat des provisorischen Interimsregierungsrates des Hawaiianischen Königreichs und Mililani Trask, ehemalige Vorsitzende der Organisation Ka L\_hui Hawai'i.

Mitglieder des Hui P\_-Komitees verfassten eine zweisprachige Petition gegen die Gesetzesvorlage, in Anlehnung an die K'\_-Petition von 1897-98 gegen die Annexion Hawai'is, die damals von zehntausenden von Hawaiianern unterzeichnet worden war. Inzwischen hat Hui P\_ über 2000 Unterschriften gesammelt.

Die Debatte über die Gesetzesvorlage zögert sich mittlerweile immer weiter hinaus, weil mehrere konservative republikanische Senatoren den Vorschlag ablehnen und zu blockieren versuchen. (Artikel von Lorenz Gonschor. Quellen: Augenzeugnis der Gründungsversammlung, Honolulu Advertiser)

## **AUSTRALIEN**

### **Soziale Trends 2005**

Das nationale Statistikamt hat Mitte Juli seinen jährlichen Bericht „Social Trends 2005“ vorgelegt. Der Bericht erscheint zum zwölften Mal in Folge und beschreibt in acht Kapiteln, wie sich die australische Gesellschaft verändert hat. Folgende Aspekte werden mit dem umfangreichen Bericht abgedeckt: Bevölkerung, Familie, Gesundheit, Arbeit, Wohnungssituation, Bildung, Wirtschaft und Soziales.

Neben den eher „weichen“ Fakten wie *„Australier sind hübscher, gesünder und geschäftiger als der Rest der Welt“*, enthält das Dokument auch harte Zahlen und Daten. So geben Australier beispielsweise für ihre Gesundheit durchschnittlich 3.300 AUS \$ jährlich aus; sie liegen damit weit vor Japan, Italien, England und Neuseeland. Mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von nur 6% liegt Australien weit hinter Deutschland, Frankreich, Italien und Kanada. Im Bereich der Familien zeichnen sich ähnliche Trends ab wie in Deutschland: Bis zum Jahr 2026 werden in Australien nur noch 40% (statt heute 52%) verheiratete Paare mit Kindern leben. Die Zahl der Alleinerziehenden wird sich auf 15% (heute 11%) und die Zahl der Alleinlebenden wird sich von 9% auf 13% erhöhen. 24% aller Frauen im gebärfähigen Alter werden keine Kinder bekommen.

Die Zahl der Schüler, die nach dem Schulabschluss eine höhere Bildung anstrebten, erhöhte sich von 1:4 (im Jahr 1984) auf heute 4:10, d.h., von zehn Schulabgängern besuchen vier höhere Schulen und Universitäten.

Seit den 1980er Jahren konnte Australien die Zahl seiner jugendlichen Verkehrstoten um die Hälfte reduzieren. Doch noch immer sterben im Straßenverkehr jährlich 230 Kinder zwischen einem und 14 Jahren.

Australier sind sich des Wertes der Ressource Trinkwasser bewusst. So benutzen bereits heute 90% aller Haushalte Einrichtungen zum Wassersparen (z.B. Stoptaste in Toiletten-spülkästen, Regenwassergewinnung). (SMH 13.07.05, <http://www.abs.gov.au/AUSSTATS/>)

### **Aborigines bleiben benachteiligt**

Die Ureinwohner Australiens gehören auch im beginnenden 21. Jahrhundert zu den benachteiligten ethnischen Gruppen des fünften Kontinents. Zu diesem Ergebnis kommt der am 12. Juli der Öffentlichkeit vorgestellte Bericht „Overcoming Indigenous Disadvantage: Key Indicators 2005“ einer Expertenkommission unter Leitung von Gary Banks. In Auftrag gegeben hatte die Studie der „Council of Australian Governments“ (Rat der Bundesstaaten) als Nachweis über die Wirksamkeit von regierungseigenen Gesundheits- und Bildungsprogrammen.

Besonders benachteiligt sind Aborigines im Gesundheits- und Bildungswesen. So liegt die Kindersterblichkeit zweimal höher als bei Angehörigen anderer ethnischer Gruppen. Auch haben Aborigines eine um bis zu 17 Jahre niedrigere Lebenserwartung. Die Zahl der Diabeteskranken ist doppelt so hoch wie bei anderen Gruppen und obwohl die Lungenkrankheit Tuberkulose in Australien nahezu ausgerottet war, leiden heute wieder besonders viele Aborigines darunter.

Auffällig ist auch die hohe Kriminalitätsrate. 11% mehr Aborigines als Angehöriger europäischer Ethnien sind in Gefängnissen inhaftiert; die Suizidrate ist bei Jugendlichen zwischen 25 und 34 Jahren besonders hoch.

Als positiv vermerkt der Bericht die gestiegene Anzahl von Kindern mit einer abgeschlossenen (mittleren) Schulbildung, den Anstieg von Aborigines in festen, bezahlten Jobs und die Zahl der Haushalte mit eigenem Grund und Boden.

(Flash d'Océanie 12.07.05, <http://www.pc.gov.au/gsp/reports/indigenus/keyindicators2005/index.html>)

### **Auswanderer dringend gesucht**

97.500 Menschen sollen im Finanzjahr 2005/2006 nach dem Willen der Regierung unter Premierminister John Howard nach Australien einwandern. 20.000 davon sollen aus Europa und Asien kommen. Mit rund drei Millionen Dollar wird die Regierung diese seit den 1960er Jahren größte Anwerbeaktion für ausländische Arbeitnehmer unterstützen. Die Einwanderer sollen im Rahmen des Programms „qualifizierte Arbeitskräfte“ (skilled migrant) nach down under kommen. Gesucht werden Akademiker aller Berufsgruppen, vor allem Ärzte, Ingenieure und Betriebswirte. Gefragt sind auch gut ausgebildete Handwerker und Sozialarbeiter. Ebenso mangelt es an Friseuren, Mechanikern, Krankenpflegern und Heizungsinstallateuren. Grund für den hohen Bedarf an ausländischen Arbeitskräften ist die niedrige Geburtenrate, der ein seit 14 Jahren ungebrochenes Wirtschaftswachstum gegenübersteht. Mit nur 5% Arbeitslosen verzeichnet Australien derzeit auch eine extrem niedrige Arbeitslosenrate (Aber: Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 20,1%).

Abdul Rizvi, der stellvertretende Leiter der Einwanderungsbehörde, wandte sich mit einem eindringlichen Appell an die Weltöffentlichkeit: *„Egal, von wo auf der Welt. Wir nehmen ausgebildete Menschen, die unseren Anforderungen entsprechen.“* (Migration Occupations in Demand List, ABC online, Presseerklärung des austr. Einwanderungsministeriums, Berichte in der deutschen Tagespresse)

NEUSEELAND

## **Einwanderungsziel erreicht**

Der neuseeländische Minister für Einwanderung, Paul Swain, gab Mitte Juli die Zahl der von Juli 2004 bis Juli 2005 nach Neuseeland eingewanderten Menschen bekannt. Das von der Regierung festgelegte Ziel (45.000 Einwanderer jährlich) wurde sogar überschritten: 48.815 Immigranten konnte das Einwanderungsministerium verzeichnen. Mehr als 30.000 Einwanderer kamen unter der Rubrik „Skilled Migrant“ als qualifizierte Facharbeiter ins Land. Die anderen knapp 19.000 Einwanderer fielen in die Kategorien „Familienzusammenführung“ und „humanitäre Gründe“.

Paul Swain erklärte, mit den Einwanderern könne das Land seinen Bedarf an qualifizierten Kräften decken. Besonders begehrte Berufsgruppen sind laut Angaben der Regierung Krankenschwestern und medizinisches Pflegepersonal, Lehrkräfte und Informatiker. Swain zeigte sich auch erfreut über die dezentrale Verteilung der Immigranten. Mehr als 60 % lebten und arbeiteten außerhalb der einwohnerstärksten Stadt Auckland. Das Ziel von 45.000 Einwanderern jährlich soll auch für die nächsten zwölf Monate gelten. ([www.immigration.govt.nz/](http://www.immigration.govt.nz/), *Flash d'Océanie* 13.07.05)

## **† Ex-Premier David Lange**

Im Alter von 63 Jahren starb Mitte August der ehemalige neuseeländische Premierminister David Russell Lange an Nierenversagen. Lange war von 1984 bis 1989 im Amt des Premiers und setzte sich in seiner Amtszeit vor allem dafür ein, Neuseeland zu einer „nuklearfreien Zone“ zu machen. Auf seine Bestrebungen hin verabschiedete Neuseeland 1987 die bis heute geltende atomwaffenfreie Verfassung.

Damit beendete Lange auch die formale militärische Allianz, die bis dato zwischen den USA und Neuseeland bestanden hatte. Kriegsschiffe der U.S. Navy mit Atomwaffen an Bord durften fortan nicht mehr in neuseeländischen Gewässern ankern, Flugzeugen mit atomaren Waffen an Bord wurde die Landung untersagt.

Die USA hatten bereits 1986 Neuseeland wegen seiner antinuklearen Regierungsweise aus dem ANZUS-Abkommen (Abkommen von 1951 zwischen Australien, Neuseeland und USA zur Sicherung des pazifischen Raumes) ausgeschlossen. Mit dem Ausschluss aus diesem so genannten „Pazifikpakt“ erkannten die USA Neuseeland offiziell den Status eines „Verbündeten“ ab.

Der 1942 in Otahuhu (bei Auckland) geborene Lange hat an der Universität von Auckland Jura studiert und sich zunächst als „Anwalt der Armen“ einen Namen gemacht. Schon damals trat der wortgewandte methodistische Laienprediger mit Protesten gegen den Vietnamkrieg und die französischen Atomtests auf dem Moruroa-Atoll öffentlich in Erscheinung. 1977 zog er für die Labour Partei ins Parlament ein, wo er bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1996 verschiedene Posten innehatte. 2003 wurde Lange mit dem höchsten Orden Neuseelands ausgezeichnet, dem „Order of New Zealand“. Ebenfalls im Jahr 2003 wurde er für „*seinen seit Jahren beharrlichen Kampf für eine Welt ohne Atomwaffen*“ mit dem alternativen Friedensnobelpreis, dem Right Livelihood Award, geehrt. Mit seiner Anti-Atom-Politik hatte Lange während seiner fünfjährigen Amtszeit international für Aufsehen gesorgt. (*dpa* 3.10.03, *Bloomberg* 14.08.05, *Pressemitteilung PCRC* 16.08.05)

**„TOK BLONG PASIFIK“  
PAZIFISCHER  
ALLTAG**

## **Medaillenrekord bei Sportwettkämpfen**

**Palau:** Die zehntägigen „South Pacific Mini Games“, eine Art Olympiade für pazifische Sportler, bescherten den Athleten aus Neukaledonien einen Medaillenrekord. Mit 112 Medaillen, davon 56 goldene, verließ die mehrere hundert Sportler umfassende Delegation den diesjährigen Austragungsort der Spiele, die mikronesische Republik Palau. Bei den South Pacific Mini Games messen sich Sportler in den unterschiedlichsten Disziplinen, wie Gewichtheben, Tischtennis, Basketball, Schwimmen, Beach-Volleyball, Triathlon oder beim Auslegerkanufahren. Sie finden alle vier Jahre im Wechsel mit den „Pazifischen Spielen“ statt. Diese siebten Spiele wurden vom 25. Juli bis zum 4. August in der palauischen Hauptstadt Koror ausgetragen. Dort wurden bereits im vergangenen Jahr, aus Anlass des ‚9th Festival of Pacific Arts‘, neue Sporthallen, Sportplätze, Stadien und eine Schwimmhalle in Betrieb genommen.

In der Gesamtwertung erreichte Fiji mit 59 Medaillen den zweiten Platz (23 goldene, 21 silberne, 15 bronzene) vor Papua-Neuguinea mit 35 Medaillen (16, 11, 8). An letzter Stelle im Medaillenspiegel rangierte Amerikanisch-Samoa mit nur einer Bronzemedaille. Erstmals nahm Französisch-Polynesien nicht an den Sportwettkämpfen teil. Begründet wurde die Absage der Sportler mit Finanznöten. (*Flash d'Océanie* 05.08.05, <http://www.2005palauspg.com/>)

## **Schluss mit den Nüssen!**

**Salomonen:** Der warnende Bericht der Weltgesundheitsorganisation WHO zu den Gefahren des Betelnuss-Kauens (siehe Artikel oben), hat erste Reaktionen hervorgerufen. Die Polizei der Salomonen hat, in dem Bemühen das Betelnusskauen zu untersagen, eine pfiffige Werbekampagne kreiert. Plakate zeigen eine Fotografie von Kriminalhauptkommissar Bernard Roau, dem Direktor des „Corporate Services“, mit der Bildunterschrift „No karem, kaim, salem betelnut long hia“ (Hier kein mitbringen, kauen oder verkaufen von Betelnüssen). Das Werbeplakat soll in allen Polizeidienststellen angebracht werden. Ab sofort ist das Kauen von Betelnüssen allen Polizisten untersagt. In den Polizeigebäuden und auf dem Gelände von Polizeistationen dürfen auch Besucher keine Betelnüsse mehr kauen. *„Unserer Polizisten sollen fit und gesund zum Dienst erscheinen, wir wissen um die Gefahren der Betelnuss“*, erklärte ein hochrangiger Polizist gegenüber der Zeitung „Solomon Star“. (Solomon Star 30.08.05)

## **Hosen aus, Röcke an!**

**Bougainville:** Ab sofort ist Frauen in einigen Gebieten der Insel Bougainville das Tragen von Hosen und Shorts nicht mehr erlaubt. Die vor drei Monaten von traditionellen *chiefs* des Haku-Bezirks getroffene Regelung wurde inzwischen auch von anderen Bezirken übernommen. Die *chiefs* begründeten das Verbot mit ihrer traditionellen Kultur. Frauen trügen keine Hosen und das männliche Kleidungsstück fordere Vergewaltigungen und Gewalt gegen Frauen heraus.

Die Direktorin der „Leitana Nehan Women’s Development Agency“, Helen Hakena, äußerte sich empört über die Kleider-

ordnung. Die Entscheidung sei ungerecht und illegal, richte sie sich doch gegen elementare Grundsätze der UN-Konvention gegen die Diskriminierung von Frauen (Convention on the Elimination of all forms of Discrimination against Women), der Papua-Neuguinea bereits 1995 beigetreten ist. (Post-Courier 01.09.05, Radio Australia 02.09.05)

## **Erstmals Palauer bei UN-Friedensmission**

**Palau:** Erstmals in der Geschichte der seit 1994 unabhängigen mikronesischen Republik Palau im westlichen Pazifik sind zwei Polizisten als Mitglieder einer Friedensmission der Vereinten Nationen (UN) nach Timor Lorosae entsandt worden. Die Offiziere Dollyn Tell und Jonnie Ngeluk haben ihre Arbeit im Friedensteam zum 1. September aufgenommen. Staatsminister Temmy Shmull wurde von der Berufung der Palauer durch das „Department of Peacekeeping Operations“ in New York informiert. Er äußerte sich stolz über die Entsendung, betonte jedoch ergänzend, dass Palau als vollwertiges UN-Mitglied jederzeit zur Teilnahme an friedenssichernden Einsätzen bereit sei. Die beiden Polizisten hatten zuvor an einem mehrwöchigen Vorbereitungskurs in den USA und Griechenland teilgenommen. (Palau Horizon 30.08.05)

## **Kampf dem Frauenhandel**

**Australien:** Mitte August wurde an der University of Technology in Sydney ein Netzwerk gegen den illegalen Frauen- und Kinderhandel aus der Taufe gehoben. Das „National Anti-Trafficking Network“ soll Frauen und Kinder unterstützen, die aus südostasiatischen Ländern unter falschem Vorwand nach Australien gelockt werden und dann dort in der Sexindustrie

ausgebeutet werden. (ABC Asia Pacific 12.08.05)

## **Good bye, Mate!**

**Australien:** Mit Entrüstung und Ablehnung haben die Parlamentarier in der australischen Hauptstadt Canberra auf eine Anordnung des Präsidenten der Abgeordnetenversammlung reagiert. In dieser wurde das Sicherheits- und Reinigungspersonal im Parlamentsgebäude angewiesen, die informelle Anrede „mate“ (dt. Kumpel, Kamerad) zukünftig zu unterlassen und stattdessen alle Besucher und Parlamentsmitglieder mit der formellen Anrede „Sir“ und „Madam“ zu begrüßen. Kim Beazley, Chef der Opposition, fasste den Protest gegen die Sprachregelung in harten Worten: *„Das ist ein Angriff auf einen integralen Bestandteil unserer australischen Kultur!“*.

Die Anrede „mate“ ist geschlechtsunabhängig. Sie ist zum Inbegriff der zwanglosen Kommunikationskultur in Australien geworden, wo selbst mit hohen akademischen Graden ausgezeichnete Menschen auf ihre ihnen formal zustehenden Titel in der Anrede verzichten und sich stattdessen beim Vornamen nennen.

Die Sprachmaßregelung musste nach zahlreichen Protesten und Medienkampagnen wieder abgeschafft werden. (SMH 21.08.05, Australien-Newsletter online)

## **Weltjugendtag 2008 in Sydney**

**Australien:** Premierminister John Howard hat die Entscheidung des deutschen Papstes Benedikt XVI. begrüßt, den Weltjugendtag im Jahr 2008 in der australischen Metropole Sydney zu feiern. Howard beglückwünschte den katholischen Erzbischof von Sydney,

Kardinal George Pell, sowie alle Katholiken im Land, die sich für Sydney als Austragungsort eingesetzt hatten. Prosaischer äußerte sich Sandra Noiri, die Ministerin für Tourismus. Das Treffen der katholischen Jugendlichen könnte noch mehr Touristen nach Australien locken als die Olympischen Spiele im Jahr 2000. Sicher würden die Jugendlichen die Tage vor und nach dem Weltjugendtag in Australien verbringen und dort herumreisen.

Der Weltjugendtag soll im Olympischen Park von Sydney stattfinden. Papst Benedikt XVI. wird zu dem Treffen erwartet. Es wäre der vierte Besuch eines Papstes auf dem australischen Kontinent. *(SMH 21.08.05, Pressemitteilung Ministerin Nori 20.08.05)*